

Berthold, Norbert; Fehn, Rainer

Working Paper

Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Währungsunion

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 38

Provided in Cooperation with:

Chair of Economic Order and Social Policy, Julius Maximilian University of Würzburg

Suggested Citation: Berthold, Norbert; Fehn, Rainer (2000) : Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Währungsunion, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, No. 38, Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Würzburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/32493>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

**Arbeitsmarktpolitik in der
Europäischen Währungsunion**

Norbert Berthold

Rainer Fehn

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik
Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 38

2000

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Währungsunion

Norbert Berthold

Rainer Fehn

erscheint in:

Perspektiven der Wirtschaftspolitik

Universität Würzburg
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Sanderring 2

D-97070 Würzburg

Tel.: 0931 – 31 29 25

Fax.: 0931 – 31 27 74

e-mail:

norbert.berthold@mail.uni-wuerzburg.de

rainer.fehn@mail.uni-wuerzburg.de

Summary

While policymakers in Europe were busy implementing EMU during the past decade, persistently high unemployment, which should have been the main policy issue from a normative point of view, was essentially left untackled in most continental European countries. This poses the urgent question which approach labor market policy should take now in fighting unemployment and which changes have come about with EMU. To deal with this question, the paper proceeds in three steps. It is first shown that a web of institutions on labor, goods and capital markets, which are distinctly different from Anglo-Saxon countries and which are interconnected by politico-economic forces, is to blame for the dismal situation on most continental European labor markets. It is second argued that EMU is not likely to boost automatically employment growth. It is third outlined which policy measures are key to alleviate unemployment in continental Europe and it is discussed whether EMU makes the actual implementation of these measures more likely.

1. Einleitende Bemerkungen

Es mutet schon etwas paradox an, mit welcher Entschlossenheit die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Europa unter deutsch-französischer Führung im Verlauf der 90er Jahre die Europäische Währungsunion (EWU) durchgesetzt haben. Im auffälligen Kontrast dazu steht die anhaltende Taten- und Erfolglosigkeit im Kampf gegen das ohne Frage eigentlich drängendste wirtschaftspolitische Problem in den meisten Ländern Kontinentaleuropas, nämlich die andauernde Beschäftigungsmisere, welche bislang nur durch eher folgenlose Aktionsbündnisse, Sonntagsreden, Lippenbekenntnisse oder auch Weißbücher bemäntelt wird. Gerade in den vier größten Teilnehmerländern an der EWU Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien sollte aber ohne Frage der Abbau der seit nunmehr über 20 Jahren vorherrschenden Massenarbeitslosigkeit im Vordergrund aller wirtschaftspolitischen Aktivitäten stehen. Daß diese gravierende und anhaltende Verfehlung des Vollbeschäftigungsziels kein naturgegebenes Schicksal ist, sondern entscheidend durch eine Fehlsteuerung der institutionellen Rahmenbedingungen ausgelöst wird, zeigt sich schon daran, daß alle angelsächsischen OECD Länder, besonders aber die USA, und auch die Niederlande, Dänemark und Schweden in den 90er Jahren eine wesentlich bessere Arbeitsmarktpformance aufweisen. Die primären Datenänderungen der letzten beiden Jahrzehnte - Globalisierung, arbeitssparender technischer Fortschritt, volatileres wirtschaftliches Umfeld, beschleunigter struktureller Wandel hin zum Service- und hin zum Information-Technology-Sektor, um nur einige zu nennen - treffen aber alle OECD Länder in ganz ähnlichem Umfang, so daß die großen Unterschiede in den Beschäftigungsergebnissen mit den stark differierenden institutionellen Regelwerken zu tun haben müssen.¹

Der Aktionismus in Sachen EWU ist um so verwunderlicher, wenn man bedenkt, daß die EWU etwa in Deutschland und Frankreich von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt worden ist bzw. abgelehnt wird, und sich in Deutschland auch die breite Mehrheit der in dieser Frage die Fachkompetenz für sich vielleicht nicht ganz zu Unrecht beanspruchenden Wirtschaftsprofessoren dezidiert gegen die EWU zumindest zu diesem frühzeitigen Zeitpunkt ausgesprochen hat. Auf den ersten Blick erscheint dies wie eine ungeheure Verschwendung des im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß äußerst knappen Gutes, institutionelle Veränderungen auch gegen erheblichen Widerstand durchzusetzen. Reformstillstand und institutionelle Sklerose sind scheinbar doch nicht zwangsläufige Begleiterscheinungen eines föderal-demokratischen Entscheidungsprozesses. Wären die notwendigen institu-

¹ Die einzige wichtige Ausnahme ist die deutsche Wiedervereinigung, welche sicherlich eine Sonderbelastung für den deutschen Arbeitsmarkt darstellt. Allerdings hat der Prozeß der sukzessiven Verschlechterung der Beschäftigungsergebnisse in den alten Bundesländern etwa im Vergleich zu den USA schon weit vor der deutschen Wiedervereinigung, nämlich Mitte der 70er Jahre mit dem ersten Ölpreisschock begonnen und er hat sich insbesondere im Verlauf der zweiten Hälfte der 90er Jahre noch einmal verschärft.

tionellen Reformen auf den Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkten sowie in den Bereichen Sozialstaat und Besteuerung mit ähnlich viel politischer Energie vorangetrieben worden wie die EWU, dann könnte man heute in Kontinentaleuropa schon ein gutes Stück weiter sein bei der relativ zur Implementierung der EWU vordringlichen Aufgabe, die persistent hohe Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Nun wird dagegen allerdings eingewandt, daß die EWU möglicherweise selbst ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm erheblichen Ausmaßes ist und schon von daher der betriebene Aufwand gerechtfertigt ist. Demzufolge führt die EWU selbst zu institutionellen Veränderungen und zu derart veränderten Anreizstrukturen auf dem Arbeitsmarkt, daß sich dadurch endogen die Beschäftigungsmisere deutlich entspannen wird. Die EWU wäre also ein indirektes Instrument, um die in Kontinentaleuropa zweifelsohne primär strukturell bedingte Arbeitslosigkeit mittelfristig abzubauen. Strukturelle Arbeitslosigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, daß institutionelle Verwerfungen nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch auf dem Güter- und Kapitalmarkt sowie im Bereich des Sozialstaates und der Besteuerung die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit sind, und nicht etwa eine mangelnde Nachfrage auf dem Gütermarkt.

Zwei Kanäle stehen dabei zumeist im Vordergrund der Diskussion. Zum einen wird argumentiert, daß die EWU sich positiv auf die Arbeitsnachfrage auswirkt, etwa weil der Wegfall des Wechselkursrisikos stimulierende Impulse auf Investitionen und Handelsströme auslöst (Rose, 2000). Zum anderen wird darauf verwiesen, daß diese produktivitätssteigernden Effekte kaum vollständig durch höhere Reallöhne aufgezehrt werden, weil der Wegfall des Wechselkurses als Anpassungsinstrument an Datenänderungen den Druck deutlich erhöht, die ohnehin überfälligen Arbeitsmarktreformen durchzuführen. Somit würde die EWU einen institutionellen Schock darstellen, welcher das politökonomische Kräftegleichgewicht zugunsten von institutionellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt verschiebt, so daß Kontinentaleuropa längerfristig gesehen auch endlich von den positiven Beschäftigungswirkungen flexiblerer Arbeitsmärkte profitieren würde. Dies ist letztlich nichts anderes als eine Version des in der Thatcher Ära populären TINA-Argumentes ("There-Is-No-Alternative"). Gibt es den Wechselkurs und eine nationale Geldpolitik nicht mehr als Puffer, dann muß demzufolge zwangsläufig der Arbeitsmarkt flexibler werden (Saint-Paul und Bentilola, 2000). Wie unter Ökonomen üblich, gehen allerdings die Ansichten darüber weit auseinander, ob diese beschäftigungsteigernden Effekte von der EWU tatsächlich ausgehen werden.

Ein Monetarist könnte allerdings fragen, warum die EWU überhaupt dauerhafte Rückwirkungen auf die Beschäftigungssituation haben soll, handelt es sich doch in erster Linie um ein rein monetäres Phänomen, nämlich die endgültige Beseitigung nationaler Geldpolitiken und von Wechselkurschwankungen innerhalb der europäischen Teilnehmerländer, wenn man den Zusammenbruch der EWU als möglichen Risikofaktor bereit ist auszuschließen.² Ist aber die anhaltende Beschäftigungsmisere in Kontinentaleuropa vor allem ein Problem einer exorbitant hohen natürlichen Arbeitslosigkeit, dann sollten geldpolitische Veränderungen gemäß der Theorie einer senkrechten langfristigen Phillips-Kurve darauf gerade keinen dauerhaften Einfluß ausüben. Diese in der Phillips-Kurven Diskussion und in einer extrem langfristigen Sichtweise verhaftete Position ist allerdings eher selten anzutreffen und sie ist schon angesichts der in Kontinentaleuropa zu beobachtenden sehr hohen Persistenz der Arbeitslosigkeit problematisch. Betrachtet man außerdem die Anreizsituation der politischen Entscheidungsträger, dann sollte unmittelbar klar sein, daß kurz- bis mittelfristige Effekte für diese aufgrund des Wiederwahlinteresses weitaus wichtiger sind als langfristige Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Schließlich ist aber auch unbestritten, daß die EWU einen massiven Strukturbruch für die institutionellen Rahmenbedingungen in Europa bedeutet, welcher gravierende Rückwirkungen für alle anderen Politikfelder und für die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach sich zieht. Insbesondere gilt es damit aber in bezug auf den Arbeitsmarkt zu klären, ob die EWU aus normativer Sicht eine andere Art der Arbeitsmarktpolitik notwendig macht, und ob sie aus positiver Sicht die Anreize der politischen Entscheidungsträger verändert, die notwendigen institutionellen Reformen auch tatsächlich durchzuführen.

Um diesen Fragen im Rahmen dieses Beitrags nachzugehen, wird wie folgt vorgegangen. In einem ersten Schritt werden die hauptsächlichen Ursachen der kontinentaleuropäischen Beschäftigungsmisere in knapper Form zusammengefaßt. Im zweiten Schritt wird dann untersucht, welche unmittelbaren endogenen Veränderungen die EWU für die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach sich zieht. Im dritten Schritt wird dann erörtert, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen angezeigt sind, um zu mehr Beschäftigung zu gelangen, und ob die EWU möglicherweise die Wahrscheinlichkeit steigert, diese Maßnahmen im politischen Entscheidungsprozeß durchzusetzen. Außerdem wird in diesem dritten Schritt der Frage nachgegangen, ob aufgrund der EWU nicht auch die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik auf die europäische Ebene verlagert werden sollte. Der Beitrag endet mit einigen Schlußbemerkungen.

² Ob die EWU allerdings tatsächlich so ein stabiles institutionelles Arrangement ist wie häufig implizit unterstellt wird, läßt sich allerdings sehr wohl bestreiten; siehe dazu Berthold, Fehn und Thode (1999).

2. Die institutionelle Verflechtungsfalle: Ursache der kontinentaleuropäischen Beschäftigungsmisere

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland und den anderen großen Teilnehmerländern an der EWU ist zum größten Teil strukturell bedingt, dies bedeutet, daß eine expansivere Nachfragepolitik wenig dazu beitragen kann, sie erfolgversprechend zu bekämpfen (OECD, 1998). Sie ist primär das Ergebnis einer institutionellen Verflechtungsfalle, das heißt die institutionellen Regelwerke auf dem Arbeits-, Güter- und Kapitalmarkt sowie im Bereich des Sozialstaates und des Steuerwesens steuern nicht nur falsch, sondern sie ergänzen und stabilisieren sich auch noch gegenseitig. Sie sind allesamt nicht dazu geeignet, um das dringend erforderliche höhere Beschäftigungswachstum zu erreichen (Berthold, 2000). Es liegt mittlerweile eine Vielzahl an länderübergreifenden empirischen Untersuchungen dazu vor, welche institutionellen Unterschiede besonders geeignet sind, die unter den OECD Ländern stark differierenden Beschäftigungsergebnisse zu erklären. Gerade in jüngster Zeit wird in solchen Untersuchungen auch immer häufiger die zeitliche Veränderung dieser institutionellen Rahmenbedingungen mitberücksichtigt (Panel Analyse), was wesentlich präzisere Aussagen erlaubt (Blanchard und Wolfers, 1999).

Die empirischen Ergebnisse sprechen eine eindeutige Sprache, in erster Linie ist anhaltende strukturelle Arbeitslosigkeit auf einen unzureichend funktionierenden Arbeitsmarkt zurückzuführen. Besonders problematisch ist es aus Beschäftigungssicht, wenn der Staat auch denjenigen, die nicht arbeiten, sei es über Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder auch Sozialhilfe de facto ein relativ hohes und zeitlich langes bzw. möglicherweise sogar zeitlich unbegrenztes Mindesteinkommen garantiert. Es gilt letztlich eine ganz einfache und ökonomisch unmittelbar einleuchtende Beziehung, je mehr der Staat Nichtarbeiten belohnt, desto geringer ist auch die Beschäftigung in einem solchen Land (Nickell, 1997). In diesem Zusammenhang ist allerdings wichtig, wie wirksam der Staat kontrolliert, ob eine arbeitslos gemeldete Person auch tatsächlich aktiv nach Arbeit sucht und wie streng die Zumutbarkeitskriterien bei der Frage sind, welche angebotenen Stellen die arbeitslos gemeldete Person annehmen muß, um nicht den Anspruch auf Transfer- bzw. Versicherungszahlungen zu verlieren. Schließlich ist auch bedeutsam, welche implizite Besteuerung bzw. Transferentzugsrate beim Übergang von der Arbeitslosigkeit in die reguläre Erwerbstätigkeit angewandt wird. Je höher diese Transferentzugsrate ausfällt, desto geringer ist der Anreiz zu arbeiten und desto schlechter sind auch die Beschäftigungsergebnisse. Die Kehrseite der Medaille einer aufgeblähten Staatstätigkeit und eines großzügigen Sozialstaates ist außerdem nahezu zwangsläufig eine hohe Steuerlast, welche auf den Produktionsfaktoren Arbeit, sowie Real- und Humankapital lastet. Empirisch erweist sich eine hohe

Steuerlast aber ebenfalls als äußerst beschäftigungsschädlich (Daveri und Tabellini, 2000). Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, weil dadurch der Anreiz entscheidend gemindert wird, in einem solchen Land überhaupt zu arbeiten, oder gar Humankapital zu erwerben und in den Produktionsprozeß einzubringen sowie in Realkapital zu investieren. Die Alternativen zu höheren Steuern sind eine übermäßige staatliche Verschuldung oder eine Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur, welche aber beide ebenfalls beschäftigungsfeindlich wirken.

Anhaltende Arbeitslosigkeit hat immer auch mit überhöhten Kosten der Arbeit und damit dem Lohnsetzungsverhalten zu tun. Gerade in den kontinentaleuropäischen Ländern ist der Begriff "Arbeitsmarkt" ein nahezu unzulässiger Euphemismus, handelt es sich doch vielmehr in der Regel um ein Kartell aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, welches Wettbewerb nach Kräften sucht zu unterbinden (Siebert, 1997). Empirisch zeigt sich eindeutig, daß der beschäftigungsvernichtende Lohndruck um so höher ausfällt, desto größer die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ist. Zwei wichtige Kennzahlen in diesem Zusammenhang sind die Organisationsstärke der Gewerkschaften und der Prozentsatz an Arbeitnehmern, der von kollektiven Lohnverhandlungen betroffen ist. Dabei spielt es eine wichtige Rolle, daß es den Kartellbrüdern immer wieder gelingt, die durch ihr Lohnsetzungsverhalten hervorgerufenen Lasten insbesondere über den Kanal des Sozialstaates, also etwa über die Arbeitslosen- oder die Rentenversicherung, auf den Rest der Gesellschaft oder auch auf zukünftige Generationen zu überwälzen.

In diesem Zusammenhang wird behauptet, daß sich das Externalisierungsproblem durch eine zentrale Koordination der Lohnverhandlungen in den Griff bekommen ließe, weil dann niemand mehr da sei, auf den die Lasten überwält werden können (Calmfors und Driffill, 1988). Es ist zwar eigentlich unmittelbar klar, daß dies nicht ganz richtig ist, weil selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß solche zentralen Tarifpartner tatsächlich die Interessen aller in einer Gesellschaft lebenden Individuen gleichermaßen berücksichtigen, mit den zukünftigen Generationen und dem Ausland sehr wohl Dritte existieren, auf welche die zentralen Tarifpartner versuchen können, Lasten zu überwälzen. Die empirischen Ergebnisse sprachen aber lange Zeit eher gegen diesen Einwand, weil sich in länderübergreifenden Vergleichen der Koordinationsgrad der Lohnverhandlungen, wenn er überhaupt statistisch signifikant war, eher negativ auf die gemessene standardisierte Arbeitslosenrate auswirkte.

Dabei wird aber leicht vergessen, daß es eigentlich unzulässig ist, die Macht der Gewerkschaften als vom Zentralisierungsgrad der Lohnverhandlungen unabhängige Variable anzusehen. Zentrale Gewerkschaften sind immer auch mächtig, sind sie doch letztlich in der Lage, den ganzen Staat lahmzu-

legen und die Regierung zu erpressen (Lindbeck, 1993). Es ist sicher kein Zufall, daß alle Länder mit starken und zentral organisierten Gewerkschaften im internationalen Vergleich Hochlohnländer sind, in denen die Kapitalintensität der Produktion besonders stark angestiegen ist. Nur über eine solche verstärkte Rationalisierung der Produktion sind aber die Unternehmungen in diesen Ländern wettbewerbs- und überlebensfähig. Die Kehrseite einer solchen verstärkten Kapitalintensivierung ist gerade in den skandinavischen Ländern in den letzten Jahrzehnten eine massive Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Staatsbeschäftigung, wodurch die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenrate künstlich gedrückt wird. So zeigen auch neuere empirische Untersuchungen, die auf das Beschäftigungswachstum insbesondere im privaten Sektor abstellen, daß zentral koordinierte Lohnverhandlungen dann keineswegs mehr positiv zu beurteilen sind (Garibaldi und Mauro, 1999).

Dies sollte aber noch aus einem weiteren Grund nicht verwundern. Es ist ein stilisiertes Faktum, daß zentrale Lohnverhandlungen stets die qualifikatorischen, sektoralen und regionalen Lohnstrukturen einengen und rigider machen (Booth u.a., 2000). Dies ist aber genau das Gegenteil von dem, was die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eigentlich erfordern. Die Globalisierung der Märkte, der immer schneller werdende strukturelle Wandel und die sich rasch verändernde Struktur der Arbeitsnachfrage, das volatiler werdende wirtschaftliche Umfeld sowie die sich zügig vollziehende Abkehr der Unternehmungen weg von einer tayloristischen hin zu einer holistischen Organisationsstruktur, in der Teamarbeit und Lohnanreize immer wichtiger werden, machen allesamt flexible Lohnstrukturen zum Gebot der Stunde (Fehn, 1997). Zentrale Lohnverhandlungen und damit auch auf zentraler Ebene organisierte Bündnisse für Arbeit sind somit aber ein zeitlicher Antagonismus, welcher über kurz oder lang dem Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeiten weichen müssen.

Ähnlich umstritten wie die Beschäftigungswirkungen zentraler Lohnverhandlungen sind diejenigen eines großzügigen Bestandsschutzes für die Insider durch gesetzlichen Kündigungsschutz und Sozialplanpflichten. Theoretisch ambivalent sind die Auswirkungen auf das Niveau der Arbeitsnachfrage insofern, als hohe Entlassungskosten das Kalkül der Unternehmungen dahingehend beeinflussen, daß sie sowohl zum einen zurückhaltender sind beim Einstellen von Arbeitnehmern als auch zum anderen weniger schnell in rezessiven Phasen entlassen. Sie sollten also eindeutig negativ auf die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt wirken. Über die Konjunkturzyklen hinweg gesehen ist es aber zunächst einmal denkbar, daß sich diese beiden gegenläufigen Effekte auf das Niveau der Arbeitsnachfrage in etwa ausgleichen (Nickell, 1997). Anders sieht es jedoch aus bei großen strukturellen Umbrüchen und bei einer steigenden Volatilität des wirtschaftlichen Umfeldes (Bertola und Ichino, 1995). In Zeiten umwälzender struktureller Veränderungen überwiegt eindeutig der einstellungshemmende Effekt hoher

Entlassungskosten, weil sie letztlich nicht in der Lage sind, in Branchen Entlassungen zu vermeiden, die sich dauerhaft auf dem absteigenden Ast befinden. Gerade für junge Unternehmungen in möglicherweise aufsteigenden Sektoren wirken hohe Entlassungskosten aber als erhebliches Einstellungshemmnis. Eine steigende Volatilität des wirtschaftlichen Umfeldes, wie wir sie seit nunmehr etlichen Jahren ebenfalls beobachten können, verstärkt diesen negativen Effekt, weil Arbeit durch hohe Entlassungskosten ähnlich wie der Kapitalstock zum quasi-fixen Produktionsfaktor wird, mit dem man sich als Unternehmung nicht zügig an Datenänderungen anpassen kann.

Für den Gesamteffekt auf die Beschäftigung sind aber daneben auch die Auswirkungen hoher Entlassungskosten auf das Lohnsetzungsverhalten mit in die Analyse einzubeziehen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, ob es sich um in einer Art Versicherungsvertrag frei zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarte Kündigungsschutzregelungen handelt, oder um eine einseitig vom Gesetzgeber beschlossene Verschärfung der Kündigungsschutzregelungen. In ersterem Fall werden die Arbeitnehmer im Gegenzug für den besseren Schutz durch den Arbeitgeber gegen die Unbillen des Marktes im Rahmen eines Gesamtpaketes Lohnzugeständnisse machen müssen, so daß das Lohnsetzungsverhalten eher gemäßigt wird. Der gerade in den kontinentaleuropäischen Ländern praktisch wesentlich relevantere Fall ist aber der letztere. Ein verschärfter gesetzlicher Bestandsschutz erhöht das Drohpotential der Insider gegenüber den Unternehmungen in Lohnverhandlungen und verbessert deren Möglichkeiten, sich ex post opportunistisch zu verhalten, also nach einer Einstellung bei gleicher Arbeitsleistung einen höheren Lohn zu verlangen als eigentlich vorher vereinbart war (Caballero und Hammour, 1998).³ Ein verschärfter gesetzlicher Kündigungsschutz wirkt also ohne Frage lohnsteigernd und über diesen Kanal beschäftigungsvernichtend. Dieser negative Effekt auf die Beschäftigung ist um so gravierender, je größer die Substitutionselastizität der Arbeitsnachfrage zwischen Arbeit und Kapital langfristig ausfällt. Neuere empirische Ergebnisse deuten darauf hin, daß diese langfristig gesehen deutlich über dem Cobb-Douglas "benchmark"-Fall von eins liegt, und daß von daher höhere gesetzliche Entlassungskosten langfristig gesehen weitaus schädlicher sind für die Beschäftigungsentwicklung als vielfach angenommen wird (Berthold, Fehn und Thode, 2000).

Länderübergreifende Studien waren jedoch lange Zeit nicht in der Lage, den insgesamt eigentlich zu erwartenden negativen Effekt eines hohen gesetzlichen Bestandsschutzes für die Insider auf die Be-

³ Eine theoretisch denkbare Zwischenform wäre eine Art tripartistische Vereinbarung auf zentraler Ebene, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Mitwirkung des Staates übereinkommen, daß die Tarifparteien im Gegenzug für eine Ausweitung des gesetzlichen Bestandsschutzes Lohnzurückhaltung üben. Es ist jedoch mehr als fraglich, wie die Einhaltung einer solchen, auf zentraler Ebene getroffene Vereinbarung überprüft werden soll, und wie lange sich die Tarifparteien daran halten werden. In jedem Fall wird nämlich durch den strengeren Kündigungsschutz die Rückfallposition der Arbeitnehmerseite in den Lohnverhandlungen gestärkt.

schäftigung empirisch nachzuweisen (Nickell, 1997). Zwar wird schon seit langem in empirischen Untersuchungen regelmäßig bestätigt, daß ein hoher gesetzlicher Kündigungsschutz wie erwartet die Stromgrößen in die Arbeitslosigkeit und aus der Arbeitslosigkeit reduziert und insofern eine höhere Persistenz der Arbeitslosigkeit und auch eine höhere Quote an Langzeitarbeitslosigkeit zur Folge hat. In bezug auf das Niveau der Arbeitslosenrate erwies sich jedoch der gesetzliche Kündigungsschutz in der Regel als statistisch insignifikant. Allerdings tendieren jüngste empirische Untersuchungen eher dazu, die ökonomisch-intuitive Wirkungsrichtung zu bestätigen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn auch die sich aus der zeitlichen Variation des gesetzlichen Bestandsschutzes innerhalb eines Landes ergebende Information in die Untersuchung mit einfließt, oder auf die Beschäftigungsentwicklung und nicht auf diejenige der standardisierten Arbeitslosenrate abgestellt wird, welche vor allem durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, aber auch etwa durch Frühverrentungen häufig verzerrt wird (Blanchard und Wolfers, 1999; Garibaldi und Mauro, 1999).

Genau die erwähnte aktive Arbeitsmarktpolitik war lange Zeit der Hoffnungsträger bei der Bekämpfung der kontinentaleuropäischen Beschäftigungsmisere. Diese weitverbreitete Euphorie mußte jedoch mittlerweile einer gewissen Ernüchterung Platz machen, weil die erwarteten positiven Beschäftigungseffekte von staatlich finanzierten Umschulungen, Weiterbildungsmaßnahmen und Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen etc., aber auch von allgemeinen Lohnsubventionen zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen äußerst mager ausfallen und statistisch kaum nachweisbar sind (Calmfors und Skedinger, 1995). Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik laufen vor allem stets Gefahr, die beschäftigungspolitische Verantwortung zu verwischen und den Staat zu einem "employer of last resort" zu machen. Daß dieses Problem akut ist, zeigt sich schon daran, daß die lohnsteigernden Effekte einer Senkung der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosenrate empirisch höher ausfallen, wenn diese auf eine Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen ist, und nicht auf einen Anstieg der regulären Arbeitsnachfrage durch die privaten Unternehmungen. Dies hat auch damit zu tun, daß die Teilnehmer an Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in der Regel mehr Geld erhalten als wenn sie rein auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung angewiesen wären. Übersteigt dieser Zuwachs an Konsummöglichkeiten das entstehende Arbeitsleid, dann verbessert sich dadurch die Rückfallposition der Insider im Falle einer Entlassung, so daß sie aggressiver in den Lohnverhandlungen auftreten. Das entstehende Problem steigender Arbeitskosten wird noch dadurch verschärft, daß die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik finanziert werden müssen, und davon auszugehen ist, daß es den Insidern bzw. den ihre Interessen vertretenden Gewerkschaften zumindest

zum Teil gelingt, die höheren Steuern und Sozialabgaben auf die Unternehmungen zu überwälzen.⁴ Die erhofften positiven Beschäftigungswirkungen von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden schließlich noch dadurch gemindert, daß sich Verdrängungs-, Substitutions- und Mitnahmeeffekte dabei gar nicht vermeiden lassen (Berthold und Fehn, 1997).

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist letztlich nur dann sinnvoll, wenn es ihr gelingt, die Wettbewerbsfähigkeit der Outsider, also insbesondere der Langzeitarbeitslosen, gegenüber den Insidern zu steigern. Ein reines Umtaufen von Arbeitslosen in Beschäftigte, ohne daß die Wiedereinstellungschancen der Betroffenen im regulären Arbeitsmarkt dauerhaft verbessert werden, ist nicht nur ökonomisch sinnlos, sondern wirkt sogar nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen Ausweitung der Staatsquote langfristig kontraproduktiv. Die vorliegende empirische Evidenz, daß die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit in der Regel in länderübergreifenden Vergleichen negativ vom Aktivitätsgrad der aktiven Arbeitsmarktpolitik abhängt, ist also wenig aussagekräftig, um zu beurteilen, ob das eigentliche Beschäftigungsziel erreicht wird. Empirische Untersuchungen, die auf das Beschäftigungswachstum im privaten Sektor, oder auf die Summe aus offizieller und in Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik versteckten Arbeitslosen oder auf die Erfolge bei der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den regulären Arbeitsmarkt abstellen, finden aber zumeist allenfalls vernachlässigbar geringe oder statistisch insignifikante positive Beschäftigungseffekte (Jackman, 1994; Scarpetta, 1996). Dennoch erfreut sich aktive Arbeitsmarktpolitik nach wie vor großer Beliebtheit in allen politischen Lagern, wohl auch deshalb, weil sie es länger erlaubt, sich vor unbequemen ordnungspolitischen Entscheidungen zu drücken. Dies zeigt insbesondere die Entwicklung in den neuen Bundesländern als Reaktion auf die dortige Beschäftigungsmisere.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt kann nicht losgelöst von derjenigen auf dem Güter- und Kapitalmarkt analysiert werden. Vielmehr ist die institutionelle Ausgestaltung auf dem Arbeitsmarkt eng mit derjenigen auf dem Güter- und Kapitalmarkt verflochten. Wie länderübergreifende Clusteranalysen klar zeigen, gehen die rigiden Arbeitsmärkte in den kontinentaleuropäischen Ländern auch mit einer sich systematisch von den angelsächsischen Ländern unterscheidenden institutionellen Ausgestaltung auf den Güter- und Kapitalmärkten einher (Fehn und Meier, 2000). Grob gesprochen sind die Gütermärkte weniger wettbewerbsoffen und die Kapitalmärkte sind primär auf die Bedürfnisse von Großunternehmungen in etablierten Branchen zugeschnitten. Politökonomische Überlegungen legen nahe, daß es sich dabei letztlich um ein umfassendes politökonomisches Arrangement unter Beteili-

⁴ Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn nicht alle Versicherungs- und Transferzahlungen prozentual an die Höhe des Nettolohns gekoppelt sind, so daß eine steigende Belastung der Arbeitseinkommen eine sinkende Differenz zwischen Nettolohn und diesen Versicherungs- bzw. Transferzahlungen zur Folge hat.

gung des Staates handelt, welches die Insider auf allen Märkten, also neben den beschäftigten Arbeitnehmern auch die Manager und Unternehmer, vor allzu intensivem Wettbewerb schützen soll. Die Leidtragenden dieses Deals sind Arbeitslose, zukünftige Generationen, Steuerzahler, tatsächliche und potentielle Unternehmensgründer sowie Eigenkapitalgeber. Es läßt sich jedoch zeigen, daß ein solcher politökonomischer Kuhhandel nur dann einigermaßen stabil ist, wenn man auf die Einhaltung von Zusagen der anderen Vertragsparteien zählen kann, was aber eher in den homogeneren und überschaubareren Gesellschaften Kontinentaleuropas als in den zumeist recht heterogenen angelsächsischen Ländern der Fall ist (Fehn, 2000).

Insider bzw. Gewerkschaften treten vor allem dann aggressiv in den Lohnverhandlungen auf, wenn die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt gering ist, so daß die Unternehmungen Monopolrenten verdienen, welche die Arbeitnehmer versuchen, zumindest zum Teil abzuschöpfen (Booth u.a., 2000). Im Extremfall eines vollkommenen Wettbewerbs auf dem Gütermarkt würden die Insider hingegen bei einem aggressiven Lohnverhaltensverhalten sofort die Existenz ihrer Unternehmung und damit ihre eigenen Arbeitsplätze in Frage stellen.⁵ Eine steigende Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt erhöht die Reallohnelasticität der Arbeitsnachfrage und diszipliniert über diesen Kanal entscheidend die Lohnpolitik, weil die Insider dann bei der gleichen prozentualen Lohnerhöhung einen größeren prozentualen Beschäftigungsrückgang hinnehmen müssen. Darüber hinaus wirkt sich eine geringere Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt aber auch deshalb direkt negativ auf die Beschäftigungsentwicklung aus, weil die Unternehmungen mit steigender Monopolmacht geringere Gütermengen anbieten und produzieren wollen, und daher auch weniger Arbeitnehmer nachfragen (Lindbeck, 1993).

Die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt ist aber nicht etwa exogen gegeben, sondern sie hängt wiederum von einer Reihe von institutionellen Faktoren ab. Erstens wird sie direkt negativ von der Regulierungsdichte auf dem Gütermarkt und von staatlich errichteten Eintrittsbarrieren für junge Unternehmungen beeinflusst (Boeri, Nicoletti und Scarpetta, 1999). Zweitens ist es aber auch um so unattraktiver unternehmerisch tätig zu werden, desto stärker ex post aufgrund von Arbeitsmarktregulierungen die Verhandlungsmacht der Insider ist, weil diese sich dann im Erfolgsfall einen Großteil der entstehenden Quasi-Renten aneignen können (Caballero und Hammour, 1999). Rigide Arbeitsmärkte hemmen also Unternehmensneugründungen und senken über diesen indirekten Kanal auch die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt. Drittens wird diese aber auch indirekt negativ von einer institutionellen Ausgestaltung des Kapitalmarktes beeinflusst, welche etwa durch eine enge Ko-

⁵ Bei sektoralen Lohnverhandlungen gilt im Prinzip das gleiche, weil dann die Existenz des ganzen Sektors im Inland gefährdet wird, wenn die Grenzen offen sind für Güterhandel und Kapitalverkehr.

operation zwischen Banken und Großunternehmen gekennzeichnet ist, so daß es unternehmerischen Newcomern und Innovatoren systematisch schwer gemacht wird, eine für sie geeignete Finanzierungsform in Form von Eigen- bzw. Risikokapital zu erhalten.

Während die angelsächsischen Länder auf allen drei Märkten, Arbeits-, Güter- und Kapitalmarkt, stärker auf die kreative Kraft des Wettbewerbs und der schöpferischen Zerstörung vertrauen, dominiert in den kontinentaleuropäischen Ländern eher der Gedanke, Bestehendes zu erhalten und mit Hilfe des Staates weiter auszubauen. Gerade bei den seit einiger Zeit stattfindenden großen strukturellen Umbrüchen ist aber aus Beschäftigungssicht die kreative Kraft des Marktes als Entdeckungsverfahren für neue Lösungen besonders wichtig. Daher ist derzeit ein institutionelles Regelwerk wie in den meisten kontinentaleuropäischen im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern besonders nachteilig, in dem nicht nur die Staatsquote, sondern auch die vom Staat errichteten Eintrittsbarrieren für unternehmerische Aktivitäten und Investitionen relativ hoch sind. Gleiches gilt für die kontinentaleuropäischen Kapitalmärkte, die primär auf Fremdkapital- und nicht etwa auf Eigen- und Risikokapitalfinanzierung setzen, und in denen der institutionelle Schutz von Eigen- bzw. Risikokapitalgebern im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern unterentwickelt ist und daher auch weniger Unternehmensneugründungen relativ zur Bevölkerung gerechnet stattfinden und die Innovationstätigkeit weniger ausgeprägt ist (Fehn, 2000).

Die systematische Präferenz für Fremdkapitalfinanzierung in den kontinentaleuropäischen Ländern ist aber möglicherweise wiederum nicht unabhängig von den stark regulierten Arbeitsmärkten zu sehen. Je stärker die Machtposition der Insider in Lohnverhandlungen ausfällt, desto attraktiver ist es für Unternehmen sich über Fremdkapital zu finanzieren. Die damit steigende Bankrottgefahr ist ein wohlfeiles Druckmittel, um die Lohnforderungen der Insider im Zaum zu halten. Der empirische Befund spricht jedenfalls eine eindeutige Sprache, die negativen Beschäftigungseffekte der rigiden Arbeitsmärkte Kontinentaleuropas werden zusätzlich durch die hierzulande vorliegende institutionelle Ausgestaltung der Güter- und Kapitalmärkte verstärkt (Wasmer und Weil, 2000). Allerdings sind diese institutionellen Strukturen auf allen drei Märkten keinesfalls voneinander unabhängig, sondern sie sind in hohem Umfang über politökonomische Kanäle miteinander verwoben.

3. Inwiefern verändert die Europäische Währungsunion die Situation auf dem Arbeitsmarkt?

Es ist zunächst einmal notwendig festzuhalten, daß der primär strukturelle Charakter der anhaltenden Arbeitslosigkeit in Kontinentaleuropa sich durch die EWU, also durch die voraussichtlich endgültige Beseitigung von Wechselkursschwankungen und die Zentralisierung ohne Wenn und Aber der geldpolitischen Zuständigkeiten auf der europäischen Ebene, nicht verändert hat. Bisweilen wird zwar behauptet, daß die auf dem Weg zur EWU vereinbarten fiskalischen Restriktionen eine keynesianische Komponente zur strukturellen Arbeitslosigkeit hinzugefügt haben, stichhaltige empirische Evidenz liegt dafür allerdings nicht vor und dabei wird auch häufig der stimulierende Effekt einer soliden staatlichen Haushaltspolitik auf die private Investitionstätigkeit übersehen. Private Investitionen stärken aber im Gegensatz zu den allermeisten Staatsausgaben nicht nur die Nachfrageseite, sondern auch die bei der Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit bedeutsamere Angebotsseite.

Allerdings stellt sich dennoch die Frage, welche endogenen Veränderungen der Situation auf dem Arbeitsmarkt die EWU voraussichtlich hervorrufen wird und welche neuen Anforderungen sich dadurch an eine erfolgversprechende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durch die EWU ergeben. Zunächst einmal gilt es sich zu vergegenwärtigen, daß die EWU eine beträchtliche Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen für alle am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Akteure bedeutet, welche ein Überdenken bislang, also ohne die EWU, optimaler Verhaltensweisen erforderlich macht. Die Verhaltensweisen der Vergangenheit lassen sich also keineswegs ohne weiteres in die Zukunft fortschreiben, die bekannte Lucas-Kritik gilt in vollem Umfang (Burda, 1999).

Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß durch die EWU die gerade im Vergleich zu den USA recht geringe Mobilität der Arbeitnehmer innerhalb Europas entscheidend zunehmen wird, so daß dieses in den USA wichtige Anpassungsinstrument an regionale Schocks und strukturelle Verwerfungen (Blanchard und Katz, 1992) wohl weiterhin nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen wird. Die ausschlaggebenden Gründe für diese beklagenswert geringe Mobilität in Europa sind wohl vor allem in kulturellen und in Sprachbarrieren zu suchen, welche aber durch die EWU nicht beseitigt werden. Wenig zugkräftig ist bei Zugrundelegung halbwegs rationaler Akteure und allgemeiner Verfügbarkeit von Taschenrechnern das Argument, daß durch die EWU die Wechselkursillusion entfällt und dadurch die Löhne über die Grenzen hinweg leichter vergleichbar werden, was Wanderungsbewegungen aufgrund von Lohndifferenzen auslösen könnte.

Allerdings können gemäß der traditionellen Außenhandelstheorie Güterhandel und analog dazu auch Kapitalbewegungen als Substitute für eine fehlende Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit wirken. Genau diese beiden Kanäle könnten auch durch die EWU verstärkt zum Tragen kommen. Es spricht einiges dafür, daß der endgültige Wegfall von Wechselkursschwankungen ganz im Gegensatz zu einem System fixer, aber prinzipiell änderbarer Wechselkurse positive Handelseffekte hervorruft (Rose, 2000). Darüber hinaus verstärkt die EWU den schon vorher zu beobachtenden Trend hin zu einem gemeinsamen europäischen Kapitalmarkt, wie sich insbesondere an den derzeit verstärkten Fusionsbemühungen an den europäischen Börsen erkennen läßt. Das ohnehin schon stark gewachsene Volumen an Direktinvestitionen innerhalb Europas erhält dadurch einen weiteren Schub. Schließlich läßt sich argumentieren, daß der Wegfall von Wechselkursschwankungen den Optionswert des Zuwartens bei Investitionen verringert, so daß von der EWU möglicherweise auch ein positiver Impuls auf die Investitionstätigkeit innerhalb des jeweiligen Teilnehmerlandes ausgeht. Empirisch läßt sich in der Tat zeigen, daß sich Wechselkursschwankungen negativ auf die Investitionstätigkeit auswirken, und daß von daher die EWU auf Investitionen und Arbeitsnachfrage positiv wirken sollte (Belke und Gros, 2000).

Allerdings muß dem gegenüber gestellt werden, daß mit der EWU auch der Wechselkurs als Puffer an asymmetrische Schocks endgültig wegfällt. Zwar ist es grundsätzlich auch denkbar, daß die Anpassung an asymmetrische Schocks voll über Löhne und Güterpreise erfolgt, aber in der Regel wird dadurch ein gesamtwirtschaftlich ineffizienter Anpassungspfad gewählt, weil Löhne und Preise erheblich größere originäre, aber auch politisch verursachte Starrheiten aufweisen als die Wechselkurse (Ball und Mankiw, 1994; Lindbeck und Snower, 1994). Damit sind aber die Mengenbewegungen und folglich der Anstieg der Arbeitslosigkeit größer als wenn der Wechselkurs als Anpassungsinstrument eingesetzt würde. In der von Milton Friedman bekannt gemachten Analogie ist es eben effizienter, während des Sommers Energie dadurch zu sparen, daß eine allgemeine Anpassung der Uhrzeit stattfindet und alle ihre Uhr eine Stunde vorstellen, als wenn jeder seinen Tagesablauf unter Beibehaltung der Winterzeit anpassen müßte. Insbesondere ist dann damit zu rechnen, daß entweder überhaupt keine Anpassung oder sie sehr langsam erfolgen würde, weil es sich um eine Art Gefangenendilemma oder im neukeynesianischen Jargon um eine Situation des Koordinationsversagens handeln könnte. Es ist individuell nicht rational den Vorreiter bei der Anpassung zu spielen, weil damit überproportional hohe Kosten verbunden sind. Ganz genauso ist es einfacher, den Reallohn nach einem negativen länderspezifischen Angebotsschock dadurch abzusenken, daß die Landeswährung abwertet als durch eine Reduktion aller individuellen Nominallohne (Burda, 1999).

Es ist weitgehend unbestritten, daß die EWU die traditionellen Kriterien nach Mundell und McKinnon an ein optimales Währungsgebiet nicht erfüllt, also insbesondere Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit, flexible Reallöhne und Lohnstrukturen, geringe Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks, diversifizierte Produktionsstrukturen innerhalb der Länder und elaboriertes System eines fiskalischen Föderalismus im Sinne einer wechselseitigen Versicherung ohne systematische Umverteilungskomponente (Bayoumi und Eichengreen, 1996; Berthold, Fehn und Thode, 1999). Von daher ist der Wegfall des Wechselkurses als Anpassungsinstrument aus ökonomischer Sicht keine Kleinigkeit. Allerdings ist es auch hier wiederum durchaus fraglich, wie zugkräftig dieses Argument ist. So ist umstritten, ob sich empirisch die kurz- bis mittelfristigen Wechselkursbewegungen realwirtschaftlich begründen lassen.⁶

Bei wirklich großen Schocks wie etwa der deutschen Wiedervereinigung war es allerdings durchaus so, daß der Devisenmarkt den Wechselkurs der DM gegenüber den anderen Teilnehmerländern in die Richtung gedrückt hat, die sich auch aufgrund von realwirtschaftlichen Überlegungen erwarten ließ. Möglicherweise ist der Wechselkurs also eher eine Hilfe bei der Verarbeitung großer Datenänderungen. Einen weiteren asymmetrischen Schock etwa von der Größe der deutschen Wiedervereinigung erwartet zwar kaum jemand für die unmittelbare Zukunft. Zum einen zeichnen sich Schocks aber gerade dadurch aus, daß sie nicht prognostizierbar sind. Mit der endgültigen Fixierung der Wechselkurse geht also auf jeden Fall deren Versicherungsfunktion gegen nicht vorhersehbare Schocks verloren (Melitz, 1997). Zum anderen ist damit zu rechnen, daß die sich schon abzeichnende Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU über einen erheblichen Zeitraum hinweg deutliche reale Wechselkursanpassungen erforderlich machen wird. Gerade bei der Verarbeitung solch großer Schocks, deren Existenz und Richtung sich auch relativ leicht identifizieren läßt, scheinen prinzipiell flexible Wechselkurse aber sehr wohl zu helfen, Anpassungskosten in Grenzen zu halten.

Allerdings läßt sich an dieser Stelle einwenden, daß die EWU möglicherweise endogen im Laufe der Zeit immer besser die traditionellen Kriterien an ein optimales Währungsgebiet erfüllt, und daß damit die durch den Wegfall des Wechselkurses entstehenden Kosten, welche ohnehin nur selten bei großen asymmetrischen Schocks eindeutig anfallen, auch noch im Zeitablauf immer unwichtiger werden (Frankel und Rose, 1996). So könnte die endgültige Fixierung des Wechselkurses die Konsequenz haben, daß das Lohnsetzungsverhalten endogen flexibler wird (Sievert, 1997).

⁶ Canzeroni, Vallees und Vinals (1996) sowie Viñals und Jimeno (1996) verneinen dies beispielsweise, während etwa Meier (1999) herausfindet, daß sich mit Hilfe des realen Zinsdifferentials Wechselkursbewegungen ex post empirisch sehr gut begründen lassen.

Es werden vor allem zwei Argumente vorgebracht, warum die EWU möglicherweise endogen ein beschäftigungsorientierteres Lohnsetzungsverhalten nach sich zieht. Zum einen wird argumentiert, daß die EWU die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt erhöht, weil sie zu einer weiteren Öffnung der Gütermärkte und zu einer größeren Markttransparenz beiträgt. Die europäischen Unternehmungen stehen in noch direkterem Wettbewerb miteinander und noch vorhandene Marktsegmentierungen verschwinden tendenziell. Dann steigt aber als direkte Konsequenz die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage und es stehen weniger Monopolrenten zur Verfügung, welche die Insider versuchen können abzuschöpfen (Booth u.a., 2000). Damit wächst der Preis, den die Insider in Form von Beschäftigungsverlusten für ein aggressives Lohnverhandlungsverhalten entrichten müssen. Empirische Untersuchungen zeigen aber wie schon erwähnt, daß die Insider um so aggressiver in Lohnverhandlungen auftreten, je größer die Monopolrenten auf den Gütermärkten ausfallen. Folglich könnte die EWU über diesen Kanal dazu beitragen, daß die Insider sich größere lohnpolitische Zurückhaltung auferlegen. Zum anderen könnte dies der Fall sein, weil den Tarifparteien klar sein sollte, daß Fehler in der Lohnpolitik in der EWU voll, also ohne die Möglichkeit der geldpolitischen Abfederung, auf die Gewinnsituation der Unternehmungen und damit auch auf die Beschäftigung durchschlagen. Zumindest innerhalb des Euro-Raumes kann ein lohnpolitisches über die Stränge Schlagen nicht mehr durch eine Abwertung ausgeglichen werden. Die Lohnpolitik könnte auch von daher vorsichtiger agieren (Sievert, 1997).

Genaueres Hinsehen zeigt allerdings, daß beide Argumente auf weitaus wackligeren Füßen stehen als es zunächst scheint. Es ist durchaus noch keine ausgemachte Sache, daß durch die Öffnung der Märkte innerhalb Europas, welche durch den Euro gefördert wird, wirklich die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt steigt (Burda, 1999). Die in Europa anlaufende Fusions- und Übernahmewelle sowie die bei größeren Märkten verstärkt auftretenden "economies of scale" können auch genau den gegenteiligen Effekt zur Folge haben, nämlich eine größere Konzentration auf dem Gütermarkt und damit verstärkte Preissetzungsmacht. Dieser für die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt negative Effekt tritt aber um so weniger auf, je größer die Bedeutung von "economies of scope" relativ zu "economies of scale" wird, so daß die Märkte eher bestreitbar sind.

Ein Blick über den Atlantik in die USA offenbart jedenfalls, daß die Marktgröße allein noch keine Garantie für eine hohe Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt ist. Vielmehr tritt dieser positive Impuls auf das Niveau und die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage erst dann auf, wenn eine konsequente Wettbewerbspolitik verfolgt wird und institutionelle Barrieren beim Eintritt junger Unternehmungen in den Gütermarkt weitestgehend abgebaut werden. Neben übermäßig bürokratischen

Zulassungsvorschriften und rigiden Arbeitsmarktvorschriften auch schon für kleinere Unternehmen ist insbesondere an dieser Stelle die Bedeutung eines ausgebauten und gut funktionierenden Marktes für Risikokapital hervorzuheben. In allen drei Bereichen hinkt Kontinentaleuropa aber deutlich den USA hinterher (Fehn, 2000), so daß die erhofften positiven Wirkungen auf die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt wohl nur dann eintreten werden, wenn auch hier erhebliche Fortschritte gemacht werden. Wie das aktuelle Beispiel Microsoft darüber hinaus deutlich gezeigt hat, ist eine konsequente Wettbewerbspolitik mit schwierigen Abwägungsentscheidungen verbunden. Die Beschneidung von Monopolmacht darf auch nicht zu sehr zu Lasten des Einfahrens von Innovationsrenten führen, weil man ansonsten Gefahr läuft, potentielle zukünftige Innovatoren zu verschrecken, und damit die Triebfeder für Wirtschaftswachstum und zukünftige Arbeitsnachfrage zu verlieren.

Im Ergebnis ist eine verschärfte Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt also kein kostenloses Kuppelprodukt der EWU, sondern bedarf ebenfalls mutiger ordnungspolitischer Entscheidungen und wird eher mittel- bis langfristig eintreten. Die EWU könnte aber dennoch die Lohnpolitik disziplinieren helfen, weil nationale Tarifvertragsparteien in der Tat nicht damit rechnen können, daß die Europäische Zentralbank auf lohnpolitische Fehler mit einem expansiveren Kurs reagiert. Wechselkursänderungen bzw. Abwertungen der nationalen Währung stehen mit der EWU ohnehin nicht mehr zur Verfügung. Allgemein sollte man erwarten, daß die Europäische Zentralbank (EZB) auf lohnpolitische Fehler in einzelnen Mitgliedsländern überhaupt nicht reagiert. Gerade aus deutscher Sicht stellt sich allerdings die Frage, ob dies eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der Spielsituation zwischen Notenbank und Tarifparteien darstellt. Das deutsche Modell zeichnete sich gerade nicht dadurch aus, daß die Bundesbank überzogene Lohnerhöhungen, die also nicht durch das Trendwachstum der Arbeitsproduktivität gedeckt waren, akkomodiert hat, also mit einer expansiveren Geldpolitik reagiert hat. Ganz im Gegenteil, die Bundesbank hat seit dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods, mit dem sie erst wirklich geldpolitisch unabhängig geworden ist, in der Regel restriktiv reagiert, um den inflationären Auswirkungen übermäßiger Lohnerhöhungen entgegenzuwirken. Sie hat den damit verbundenen temporären Beschäftigungsverlust bewußt in Kauf genommen, wohl auch, um die Tarifvertragsparteien für die Zukunft zu disziplinieren (Hall und Francese, 1998).

Insbesondere aufgrund des Systems von Pilotabschlüssen sind aber die Tarifverhandlungen de facto ziemlich zentral in Deutschland organisiert (Meyer, 1995). Da diese relativ zentral organisierten Tarifvertragsparteien in Deutschland im Laufe der Zeit erkennen mußten, daß überzogene Lohnerhöhungen von der Bundesbank nicht etwa belohnt, sondern vielmehr bestraft werden, hat dies tenden-

ziell geholfen, die Lohnpolitik in Deutschland zu disziplinieren. Das Reaktionsmuster der Bundesbank sah so aus, daß zurückhaltende Lohnabschlüsse mit einer eher expansiveren Geldpolitik belohnt wurden, während sie eben restriktiv bei gemessen am Trendwachstum der Arbeitsproduktivität überzogenen Lohnerhöhungen reagierte. Es läßt sich formal zeigen, daß ein solches Verhalten der Geldpolitik unter der Annahme relativ zentral organisierter Tarifvertragsparteien beschäftigungssteigernd wirkt, weil der gleichgewichtige Reallohn sinkt (Cukierman und Lippi, 1999; Iversen und Soskice, 2000). Die Tarifvertragsparteien sind bei der Lohnsetzung von vornherein vorsichtiger, weil das Notenbankverhalten die Lohnelastizität der effektiven Arbeitsnachfrage erhöht. Unter den in Deutschland gegebenen, wenig beschäftigungsfreundlichen institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt hat also wenigstens die starke Unabhängigkeit der Bundesbank und deren im internationalen Vergleich relativ konsequente Verfolgung des Stabilitätsziels über die Konjunkturzyklen hinweg gesehen beschäftigungssteigernd gewirkt.⁷

Dieser positive Impuls für die Beschäftigung in Deutschland durch die besondere Spielsituation zwischen den auf nationaler Ebene relativ zentral organisierten Tarifvertragsparteien auf der einen Seite und der Bundesbank auf der anderen Seite ist aber durch die EWU und die damit verbundene veränderte Spielsituation sofort verloren gegangen. Die EZB kann die skizzierte disziplinierende Funktion auf die deutsche Lohnpolitik nicht mehr ausüben, weil die deutsche Lohnpolitik nur eine unter vielen in Europa ist. Die deutschen Tarifvertragsparteien produzieren in der EMU einen negativen externen Effekt, wenn sie lohnpolitisch überziehen. Dieser negative externe Effekt kann durch die EZB im Gegensatz zur Bundesbank nicht mehr effektiv internalisiert werden, weil die EZB mit einer restriktiven geldpolitischen Reaktion pauschal alle Arbeitnehmer und Unternehmungen im Euro-Raum treffen würde. Die EZB muß im Gegensatz zur Bundesbank auf gesamteuropäische Größen reagieren, welche das Ziel der Preisniveaustabilität zu beeinträchtigen drohen, und nicht auf rein nationale Variablen. Folglich ist bei ansonsten unveränderten institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt durch die Aufgabe der DM zugunsten des Euro und dem damit verbundenen Verlust der Rolle als Ankerwährung und der geldpolitischen Führungsfunktion zu befürchten, daß die Aggressivität der deutschen Lohnpolitik eher zu- als abnehmen wird.

Diese lohnpolitische Flanke wird für alle EWU-Mitgliedsländer noch dadurch offener, daß die EWU voraussichtlich verstärkten Zentralisierungstendenzen bei der Sozial- und Fiskalpolitik Vorschub leistet (Berthold, 1996; von Hagen, 1997). Die Erfahrung zeigt, daß Währungsunionen wie etwa in den

⁷ Eine glaubwürdige und sich konsequent am Stabilitätsziel orientierende Geldpolitik wirkt darüber hinaus auch noch längerfristig beschäftigungssteigernd, weil das geringe Risiko steigender Inflationsraten den Realzins senkt und damit positiv auf die Investitionstätigkeit wirkt.

USA und aktuell in Deutschland so gut wie immer von einem Ausbau des fiskalischen Föderalismus begleitet werden. Mit den Struktur- und Kohäsionsfonds sind die Einfallstore in diesen Prozeß der steuer- und sozialpolitischen Zentralisierung bereits vorgezeichnet. Es ist mehr als unwahrscheinlich, daß es dabei bleiben wird. Sondern vielmehr muß damit gerechnet werden, daß gerade auch durch die Einführung des Euro ein fiskalischer und sozialpolitischer Zentralisierungsprozeß nach und nach einsetzen wird. Damit werden aber nationalen Tarifvertragsparteien wieder zusätzliche Kanäle eröffnet, über die sie arbeitsmarktpolitische Lasten auf die Allgemeinheit abwälzen können, in diesem Fall sogar auf die Gesamtheit der EWU Mitgliedsländer. Die Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage sinkt, und erneut ist ein aggressiveres und angesichts von Schocks weniger flexibles Lohnsetzungsverhalten die Folge. Insbesondere werden die eigentlich erforderlichen differenzierten Lohnstrukturen dann unwahrscheinlicher (Berthold und Fehn, 1998a).

4. Welche arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen ergeben sich aus der währungs- politischen Integration?

Aufgrund der vorliegenden Ursachenanalyse der kontinentaleuropäischen Beschäftigungsmisere und weil eben nicht damit zu rechnen ist, daß sich durch die EWU das Beschäftigungsproblem von selbst erledigen wird, liegt die einzuschlagende Stoßrichtung einer auf Beschäftigungswachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik weitgehend auf der Hand (Lindbeck, 1996). Nur eine umfassende ordnungspolitische Reform des institutionellen Regelwerkes auf den Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkten sowie im Bereich des Sozialstaates und der Besteuerung ist dazu geeignet, zu dauerhaften Erfolgen im Kampf gegen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zu gelangen.⁸ Die wesentlichen Punkte eines solchen Paketes für mehr Beschäftigungswachstum können hier nur kurz skizziert werden, sie sind aber auch im Prinzip aus zahlreichen Jahrgutachten des Sachverständigenrates, in denen auf die ordnungspolitischen Reformerfordernisse hingewiesen wird, hinlänglich bekannt. Die Hauptaufgabe liegt zunächst einmal darin, die Marktkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu stärken und damit insbesondere die Flexibilität der relativen Preise, also sowohl des Reallohns als auch der Lohnstrukturen zu steigern. Dies läßt sich insbesondere durch eine restriktivere Ausgestaltung der Versicherungs- und Transferzahlungen im Falle von Arbeitslosigkeit erreichen.

⁸ Halbherzige Reformen können hingegen sogar zu Verschlechterungen führen, wie die das Beispiel Frankreichs mit der dortigen Aufweichung des gesetzlichen Kündigungsschutzes allerdings nur für neu eingestellte Arbeitnehmer und nur für eine bestimmte Beschäftigungsdauer zeigt; vgl. Blanchard und Landier (2000).

In Deutschland sollte zum Beispiel die maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld deutlich verkürzt werden, die Arbeitslosenhilfe ganz abgeschafft werden und die Sozialhilfe gekürzt werden. Dafür sollten aber die Mehrbedarfzuschläge für nicht arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger, wie etwa alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern, um den Kürzungsbetrag aufgestockt werden. Der Übergang vom Empfang von Versicherungs- oder Transferzahlungen in der Arbeitslosigkeit zu regulärer Erwerbstätigkeit sollte fließend ausgestaltet werden, so daß generell ein Anreiz besteht, eine Arbeit anzunehmen, auch wenn sie nur geringfügiger Natur ist (Berthold und Fehn, 2000). Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten stets dezentral organisiert und zeitlich strikt begrenzt sein, sowie sich auf Langzeitarbeitslose konzentrieren. Besonders wichtig ist es, die Hilfe bei der Arbeitsvermittlung, die Gewährung von Leistungen sowie die aktive Arbeitsmarktpolitik bei einer Stelle auf dezentraler Ebene zu bündeln, also am besten bei den Kommunen. So werden am ehesten Fehlanreize und Karusselleffekte vermieden. Darüber hinaus muß der Lohnfindungsprozeß dezentraler organisiert werden, damit die betrieblichen Notwendigkeiten mehr Berücksichtigung finden (Berthold und Fehn, 1996a). Die gesetzlich bedingten Entlassungskosten sind schließlich auf ein Niveau herunterzufahren, das dem eigentlichen Ziel, Schutz vor willkürlichen Entlassungen zu gewähren noch Genüge leistet, aber nicht mehr wie derzeit den Insidern die Marktmacht verleiht, selbst bei langanhaltender massiver Unterbeschäftigung die Interessen der Arbeitslosen bei der Lohnfindung weitgehend unberücksichtigt zu lassen.

Ein solches ordnungspolitisch orientiertes Wachstums- und Beschäftigungspaket ist zu ergänzen um eine allgemeine Senkung der auf den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital lastenden Steuern und Abgaben, sowie um einen Abbau aller Regulierungen, welche die Wettbewerbsintensität auf dem Gütermarkt reduzieren und welche einer stärkeren Finanzierung von Unternehmungen bzw. Unternehmensneugründungen mit Eigen- und Risikokapital im Wege stehen (Nicoletti, Scarpetta und Boylaud, 1999). Gerade der letzte Punkt ist insofern interessant, weil er eng mit der ohnehin aufgrund des schon jetzt absehbaren, dramatischen Anstiegs des Verhältnisses von Rentnern zu Erwerbstätigen in Kontinentaleuropa dringend benötigten stärkeren Kapitalfundierung der Alterssicherungssysteme zusammenhängt. Empirisch helfen vor allem drei Größen die sehr großen Unterschiede zwischen den OECD-Ländern in der Entwicklung des Risikokapitalmarktes zu erklären (Jeng und Wells, 1998). Dies ist neben der Größe und Funktionsfähigkeit des Marktes für "initial public offerings" und der Flexibilität des Arbeitsmarktes eben insbesondere auch die Bedeutung von Pensionsfonds am Kapitalmarkt, welche gerade in den USA der bei weitem wichtigste Financier von Risikokapitalgesellschaften sind. Voraussetzung für ein massives Wachstum von Pensionsfonds und einer Kanalisierung zumindest eines Teils des ihnen anvertrauten Kapitals in Risikokapitalgesellschaften ist aber neben

den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für Pensionsfonds und der von ihnen zu beachtenden Anlagevorschriften eine deutlich stärkere Kapitalfundierung der Alterssicherung (Fehn, 2000).

Das Kernproblem eines solchen angebotspolitischen Katalogs an Maßnahmen liegt darin, daß es sich nur ganz schwer im politischen Entscheidungsprozeß durchsetzen läßt (Berthold und Fehn, 1996b; Saint-Paul, 1996). Zwar ist langfristig damit zu rechnen, daß ein intensiverer Wettbewerb auf sämtlichen Märkten, alle oder zumindest die allermeisten Akteure letztlich besser stellt (“the rising tide lifts all boats”). Kurz- bis mittelfristig müssen die Insider, also insbesondere die beschäftigten Arbeitnehmer, die Manager und die Unternehmer in schon etablierten Unternehmungen aber damit rechnen zu verlieren. Wie sich in der praktischen Anschauung täglich beobachten läßt, setzen sie sich daher jeweils gegen sie betreffende Reformen massiv und häufig mit Erfolg zur Wehr.⁹ Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten der institutionellen Ausgestaltung der Rahmenbedingungen auf dem Arbeits-, Güter- und Kapitalmarkt ist es für die politischen Entscheidungsträger sehr schwer, die unheilige Allianz der Insider zum Schutz ihrer (Quasi-) Renten auseinanderzuidividieren. Ist der Schutz vor Wettbewerb tatsächlich wie skizziert Teil eines umfassenden politökonomischen Kuhhandels, dann muß jede Teilgruppe der Insider damit rechnen, daß bei einem Ausscheren ihrerseits aus der Abwehrphalanx als nächstes ihre Privilegien mit Erfolg auf den Prüfstand kommen. Insofern ist es angebracht von einer institutionellen Verflechtungsfalle zu sprechen, in der sich die kontinentaleuropäischen Länder befinden (Berthold, 2000). Wie die Erfahrungen in Großbritannien, Neuseeland oder auch mit Einschränkung den Niederlanden nahelegen, scheint es nur in ausgesprochenen Krisensituationen möglich zu sein, dieses Abwehrbollwerk der Besitzstandswahrer gegen ordnungspolitische Reformen aufzubrechen.

Daher ist es um so wichtiger, daß die EWU wenigstens tatsächlich, wie oft unterstellt wird, die politökonomische Durchsetzbarkeit des angedeuteten ordnungspolitischen Maßnahmenbündels für mehr Beschäftigungswachstum erhöht. Auch dies ist jedoch alles andere als sicher. Mit der EWU und dem Vertrag von Maastricht in Verbindung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin stehen den nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern mit der Geld- und Fiskalpolitik zwei wichtige Politikparameter nicht bzw. kaum mehr zur Verfügung, um Schocks abzufedern und um strukturelle Beschäftigungsprobleme zu überdecken. Dies sollte Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten leichter durchsetzbar machen, weil die strukturellen Probleme auf den kontinentaleuropäi-

⁹ Die Schwierigkeiten, Arbeitsmarktreformen im politischen Entscheidungsprozeß durchzusetzen, werden noch verstärkt, wenn zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Wirtschaftssubjekten asymmetrische Information dahingehend vorliegt, daß erstere die Wirkung der intendierten Reformen besser einschätzen können; vgl. Grüner (1999).

schen Arbeitsmärkten nun unverfälschter zu Tage treten. Wie die diesbezügliche intensive Diskussion in der Literatur allerdings mittlerweile gezeigt hat, bringt die EWU auch zumindest zwei gegenläufige Effekte mit sich, so daß dieses positive Ergebnis weitaus weniger sicher erscheint als oft unterstellt wird (Calmfors, 1998).

Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten verursachen nicht nur hohe politische Kosten, sondern sie sind auch mit Erträgen verbunden. Ob sie letztendlich realisiert werden, hängt davon ab, ob aus Sicht der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger die voraussichtlichen Erträge die zu erwartenden Kosten insbesondere in Form von Widerstand der davon zumindest kurz- bis mittelfristig negativ betroffenen Insider überwiegen. Der direkte Ertrag von flexibleren institutionellen Strukturen auf dem Arbeitsmarkt ist die Absenkung der gleichgewichtigen Arbeitslosenrate. Damit verbunden ist aber auch noch ein indirekter Ertrag. Die gleichgewichtige Inflationsrate ist um so höher, je größer die strukturelle oder auch natürliche Arbeitslosenrate ausfällt, weil dann die Versuchung der Geldpolitik besonders groß ist, durch Überraschungsinflation zumindest temporär die tatsächliche Arbeitslosenrate unter die übermäßig hohe natürliche Arbeitslosenrate zu drücken.¹⁰ Folglich senken Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt aber auch mit der natürlichen Arbeitslosenrate das Glaubwürdigkeitsproblem und damit den Inflationsbias der Geldpolitik. Vor der EWU waren solche strukturelle Reformen auf nationaler Ebene insofern mit einer doppelten Dividende verbunden.

Dies hat sich durch die EWU entscheidend geändert. Das Glaubwürdigkeitsproblem der EZB wird neben anderen Faktoren durch das Niveau der natürlichen Arbeitslosenrate im ganzen Euroraum bestimmt und hängt nur sehr begrenzt von der Situation auf dem Arbeitsmarkt in einem einzelnen Mitgliedsland ab. Die Senkung der natürlichen Arbeitslosenrate in einem der Mitgliedsländer durch institutionelle Reformen ruft insofern einen positiven externen Effekt hervor. Während die politischen Kosten für die Durchsetzung der strukturellen Reformen ausschließlich in dem betroffenen Land anfallen, sinkt durch die niedrigere natürliche Arbeitslosenrate in diesem Land der Inflationsbias, wenn auch nur ein wenig, im ganzen Euroraum. Die potentiellen Erträge von Arbeitsmarktreformen für die nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger waren also vor Verwirklichung der EWU größer, weil die Absenkung der gleichgewichtigen Inflationsrate ihnen vorher voll zugute kam, so daß auch von daher nicht mit einem beschleunigtem Reformtempo was den Arbeitsmarkt angeht durch die EWU gerechnet werden kann (Berthold und Fehn, 1998b). Es ist nicht zuletzt aus der Umwelt-

¹⁰ Je unabhängiger die Notenbank ist von der Politik, desto weniger ist diese Gefahr virulent. Länderübergreifende empirische Studien zeigen, daß die Inflationsrate im langfristigen Durchschnitt eindeutig negativ vom Unabhängigkeitsgrad der Geldpolitik abhängt; siehe etwa Alesina und Summers (1993).

schutzdebatte wohlbekannt, daß mit positiven externen Effekten verbundene Aktivitäten im Marktgleichgewicht tendenziell zu niedrig ausfallen.

Es spricht aber noch ein weiteres Argument dagegen, daß die EWU die Reformaktivitäten auf den Arbeitsmärkten unmittelbar massiv steigert. Strukturelle Reformen im Sinne des skizzierten Maßnahmenbündels senken die natürliche Arbeitslosenrate unter das Niveau der aktuellen Arbeitslosenrate. Wie schnell dann die tatsächliche Arbeitslosenrate auf das durch die Reformen reduzierte Niveau der natürlichen Arbeitslosenrate sinkt, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, insbesondere aber von der Flexibilität der nominellen Löhne und Preise und von der parallel dazu verfolgten Nachfragepolitik. Ausgangspunkt sei grob gesprochen die derzeitige Lage in Kontinentaleuropa, also eine Situation massiver strukturell bedingter Arbeitslosigkeit, die mit weitgehender Preisniveaustabilität einhergeht. Die sich nach einer etwaigen Implementierung struktureller Reformen in der Regel zunächst ergebende positive Differenz zwischen der tatsächlichen und der nunmehr gesunkenen natürlichen Arbeitslosenrate ist im Prinzip keynesianischer Natur. Das potentielle Beschäftigungsvolumen, welches vorher entscheidend durch angebotsseitige Restriktionen beschränkt war, ist durch die strukturellen Reformen zwar gestiegen, erst wenn die reale Güternachfrage aber ebenfalls in entsprechendem Umfang gewachsen ist, sinkt die tatsächliche Arbeitslosenrate auf das niedrigere natürliche Niveau (Saint-Paul und Bentilola, 2000).

Auf eine zügige Anpassung der nominellen Löhne und Preise dergestalt, daß dadurch die reale Güternachfrage schnell in entsprechendem Umfang steigt, ist aber in der Realität kein Verlaß (Ball und Mankiw, 1994; Lindbeck und Snower, 1994). Gerade die britischen Erfahrungen im Zuge der umfassenden Reformen unter M. Thatcher in den 80er Jahren haben gezeigt, daß es erhebliche Zeit dauern kann, bis die tatsächliche Arbeitslosenrate auf das niedrigere natürliche Niveau zurückgeht. Die beschäftigungspolitischen Früchte stellten sich erst im Verlauf der 90er Jahre ein, wobei die erhebliche Verzögerung auch damit zu tun hatte, daß Großbritannien Ende der 80er Jahre mit einem deutlich überbewerteten Pfund in den Europäischen Wechselkursverbund eintrat und damit der Geldpolitik weitgehend die Hände gebunden waren (Minford, 1994; Gordon, 1996; Pissarides, 1997). Erst der von den Devisenmärkten erzwungene Ausstieg Großbritanniens aus dem Europäischen Wechselkursverbund hat diese paradoxe Situation aufgelöst und den Weg dahingehend freigemacht, daß die tatsächliche Arbeitslosenrate auf das inzwischen deutlich niedrigere natürliche Niveau zurückging. Der Übergang hin zum neuen Gleichgewicht bei höherer Beschäftigung verläuft wesentlich schneller und reibungsloser, wenn der Nachfragepolitik, und zwar insbesondere der Geldpolitik, welche naturgemäß flexibler als die Fiskalpolitik agieren kann, nicht die Hände gebunden sind. Sie kann dann auf

die durch die strukturellen Reformen verringerte Inflationsgefahr unmittelbar mit einem expansiveren Kurs reagieren, so daß die reale Güternachfrage auch dann steigt, wenn die nominellen Löhne und Preise nicht oder nur sehr langsam sinken.

In der ganz langfristigen Sichtweise und unter Ausblendung politökonomischer Aspekte mag es zwar theoretisch egal sein, ob die Geldpolitik die Strukturreformen im Sinne eines “two-handed approach” unterstützt (Blanchard u.a., 1986), der kurz- bis mittelfristige Anpassungspfad geht dann aber auf jeden Fall mit schnelleren Beschäftigungsgewinnen einher. Er ist damit nicht nur aus Wohlfahrtssicht vorzuziehen, sondern es wird vor allem auch für die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger attraktiver, die erforderlichen Strukturreformen überhaupt anzugehen. Je länger die positiven Beschäftigungswirkungen der strukturellen Reformen aufgrund fehlender geldpolitischer Unterstützung auf sich warten lassen, desto größer ist für den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger die Gefahr, daß bis zur nächsten anstehenden Wahl aus Sicht der Bevölkerung die Kosten der Reformen deren Erträge überwiegen und sie daher vom Wahlvolk abgestraft werden. Die Wähler legen ihren Entscheidungen die tatsächliche Beschäftigungsperformance einer Regierung zugrunde, und nicht das vermeintliche Absinken einer zumindest vom Wähler nicht beobachtbaren natürlichen Arbeitslosenrate. Zeit ist also eines der knappsten Güter für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger, deren Schicksal sich beim nächsten Wahlgang entscheidet.

Müssen die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger allerdings von vornherein damit rechnen, daß sie von Seiten der Geldpolitik kaum Unterstützung erwarten dürfen, und daß die beschäftigungspolitischen Erfolge erst mit großer zeitlicher Verzögerung eintreten werden, dann sind sie aufgrund dieser Zusammenhänge zurückhaltender bei der Durchsetzung politisch heikler struktureller Reformen, deren Kosten der Durchsetzung sofort anfallen. Vor allem die dringend benötigten umfassenden Reformpakete werden dann unwahrscheinlich, weil hier die zunächst entstehende Diskrepanz zwischen tatsächlicher und natürlicher Arbeitslosenrate besonders groß ist und damit die fehlende geldpolitische Unterstützung übermäßig stark zu Buche schlägt (Saint-Paul und Bentilola, 2000).

Im Rahmen dieser Überlegungen wirkt sich aber der Übergang zur EWU doppelt negativ auf die Bereitschaft der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger aus, die notwendigen strukturellen Reformen tatsächlich anzugehen. Erstens kann die EZB weniger als eine nationale Notenbank auf strukturelle Reformen in einem EWU-Mitgliedsland mit einem expansiveren geldpolitischen Kurs reagieren. Die geldpolitische Flankierung nationaler struktureller Reformen fällt also zwangsläufig geringer aus, was vor allem die eigentlich erforderlichen umfassenden Reformpakete unwahrscheinlicher macht.

Zweitens ist aber auch damit zu rechnen, daß die EWU die nominellen Rigiditäten verschärft, so daß auch der sich aus dem Marktprozeß ergebende Anpassungspfad ohne geldpolitische Unterstützung ungünstiger ausfällt. Durch die EWU nähert sich Europa ökonomisch in dem Sinne an die Situation in den USA an, daß es sich eher um eine große geschlossene Volkswirtschaft handelt (Burda, 1999). Die Bedeutung von Importen und Exporten sowie von Wechselkursschwankungen sinkt deutlich, so daß auch für die Unternehmungen die flexible Anpassung von nominellen Löhnen und Preisen an von außen hereingetragene Datenänderungen weniger wichtig wird. Empirische Untersuchungen zeigen dementsprechend auch regelmäßig, daß in den USA traditionell die nominellen Rigiditäten im deutlichen Gegensatz zu den realen Rigiditäten höher ausfallen als in Europa (Melitz, 1997). Es ist aber ebenfalls damit zu rechnen, daß sich in Europa durch die EWU die nominellen Lohn- und Preisrigiditäten im Laufe der Zeit nach oben in Richtung auf das amerikanische Niveau zubewegen werden. Umfassende strukturelle Reformen ohne geldpolitische Flankierung werden dann aber aus Sicht der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger noch unattraktiver.

Die EWU steigert somit nicht zwangsläufig die politische Durchsetzbarkeit der dringend erforderlichen, umfassenden Strukturreformen auf Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkten sowie in den Bereichen Besteuerung und Ausgestaltung des Sozialstaates. Die weitverbreitete Ansicht, daß dies der Fall sei, hält wie gesehen einer genaueren ökonomischen Analyse nicht stand. Es stellt sich daher die Frage, welche Konsequenzen aus dieser ernüchternden Einschätzung der Lage zu ziehen sind. Schon im Vorfeld der EWU wurde immer wieder gerade auch von Gewerkschaftsseite die Frage aufgeworfen, ob nicht parallel zur Geldpolitik auch die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik stärker zentralisiert werden sollte (Heise, Küchle und Lecher, 1994). Gleiches wird ohnehin immer wieder für die Bereiche Sozialstaat, Steuern und Fiskalpolitik, sowie für die Wettbewerbspolitik auf den Gütermärkten und für die Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt gefordert. Es bestehen also für alle beschäftigungspolitisch relevanten Bereiche Bestrebungen dahingehend, daß man der Geldpolitik ihre vom Zentralisierungsgrad her übergeordnete Stellung wieder nimmt, so daß es möglicherweise naheliegt, über einen solchen Schritt auch in der für die Beschäftigungsentwicklung zentralen Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik nachzudenken.

Bei erstem Hinsehen könnte man aufgrund der vorgebrachten Argumente auch tatsächlich dem Trugschluß anheimfallen, daß dies wünschenswert wäre. Geht man davon aus, daß die EZB ähnlich stabilitätsorientiert ist wie die Bundesbank und damit lohnpolitisches Fehlverhalten auf europäischer Ebene in analoger Weise sanktioniert, dann würde durch einen Übergang zu europaweiten Lohnabschlüssen möglicherweise eine ähnlich günstige Spielsituation zwischen der Lohn- und der Geldpoli-

tik geschaffen, wie sie vorher in Deutschland geherrscht hat. Europaweit zentrale Lohnverhandlungen könnten auch die Gefahr mindern, daß lohnpolitische Lasten auf andere EWU-Mitgliedsländer von auf nationaler Ebene organisierten Tarifvertragsparteien abgewälzt werden. Ebenso könnte durch europaweit koordinierte institutionelle Reformen das skizzierte Problem beseitigt werden, daß institutionelle Reformen auf nationaler Ebene bei einer europaweit einheitlichen Geldpolitik einen positiven externen Effekt hervorrufen und deshalb zu gering ausfallen. Schließlich wäre dann auch wieder grundsätzlich ein “two-handed approach” denkbar, weil bei europaweiten institutionellen Reformen für mehr Beschäftigung die EZB diese eher geldpolitisch flankieren könnte. Folglich würden sich die positiven Beschäftigungseffekte möglicherweise schneller einstellen und auch umfassende Reformen wären dann vielleicht wiederum eher denkbar.

Diesen vermeintlichen Vorteilen einer europaweiten Zentralisierung bei der Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen sowie bei der Lohnpolitik stehen aber auch derart gewichtige Nachteile gegenüber, daß es im Ergebnis mehr als zweifelhaft erscheint, ob ein solcher Kurs wirklich wohlfahrts- und beschäftigungssteigernd wirken würde (Berthold und Fehn, 1998b). Wenn man bedenkt, daß in der EWU voraussichtlich die kurzfristige Beschäftigungswirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen aufgrund der wachsenden nominellen Rigiditäten von Löhnen und Preisen ansteigen wird, würde damit die Versuchung massiv steigen, die EZB in staatlich-korporatistisch organisierte Beschäftigungsprogramme einzubinden. Erste französische Versuche in diese Richtung sind aktuell schon wieder in der Forderung enthalten, das Euro-11-Gremium der Finanzminister derart zu stärken, daß es auf europäischer Ebene zu einem demokratisch legitimierten Gegengewicht zur EZB mit entsprechenden faktischen Interventionsmöglichkeiten wird. Damit würde aber die angestrebte Unabhängigkeit der EZB entscheidend unterlaufen. Eine sich konsequent am Stabilitätsziel orientierende Geldpolitik wäre dann nicht mehr zu erwarten, so daß längerfristig nahezu zwangsläufig höhere Inflationsraten, aber auch Beschäftigungsverluste resultieren würden.

Darüber hinaus würde dadurch aber auch die kreative Kraft des institutionellen Wettbewerbs innerhalb Europas ausgehebelt. Der Reformdruck auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger würde aufgrund der zu befürchtenden Kartellbildung zwischen den zentralen Tarifvertragsparteien auf der einen Seite und der dann europaweit zu organisierenden Ordnungspolitik auf der anderen Seite von daher wohl eher ab- als zunehmen. Damit ist insbesondere deshalb zu rechnen, weil bei einer zentralen Koordination der Arbeitsmarkt- und Ordnungspolitik der logisch nächste Schritt eine weitere Abschottung der EWU-Mitgliedsländer nach außen ist, so daß der insbesondere durch die Globalisierung hereingetragene Reformdruck entscheidend nachlassen würde. Um zu besseren Lösungen zu

gelangen, ist aber der institutionelle Wettbewerb als Entdeckungsmechanismus unabdingbar, weil dann nur solche Institutionen Bestand haben, die sich auch wirklich in der Praxis bewährt haben. Ein “top-down approach”, in dem von europäischer Ebene quasi dirigistisch vorgegeben wird, welche institutionellen Reformen einzuschlagen sind, kann den institutionellen Wettbewerb als Entdeckungsverfahren also keineswegs ersetzen, sondern wird aller Voraussicht nach wenig wettbewerblichen Lösungen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt Vorschub leisten. Es wäre auch ein schwerer Verstoß gegen das mittlerweile in Europa allgemein anerkannte Subsidiaritätsprinzip, wenn man versuchen würde, ausgerechnet strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, deren genaue institutionelle Ursachen von Land zu Land und sogar von Region zu Region recht unterschiedlich sein können und sind, durch ein zentral koordiniertes Maßnahmenbündel zu bekämpfen.

Es ist auch zu beachten, daß die EWU-Mitgliedsländer zusammengenommen noch weitaus heterogener sind als die einzelnen Mitgliedsländer jeweils für sich gesehen bereits derzeit sind. Schon für Deutschland aber ist es etwa sehr fragwürdig, die aktive Arbeitsmarktpolitik oder auch die Arbeitslosenversicherung auf der nationalen Ebene zu verankern. Die Probleme sind doch regional sehr unterschiedlich von Niveau und Struktur der Arbeitslosigkeit her gesehen. Während etwa in Bayern und Baden-Württemberg nur leicht höhere Arbeitslosenraten als in den beschäftigungspolitisch relativ erfolgreichen Ländern USA und den Niederlanden vorherrschen, kann davon in den Neuen Bundesländern keine Rede sein. Es ist also schon in Deutschland eigentlich nicht angebracht, durch zentrale lohnpolitische Vereinbarungen und durch das relativ zentrale Setzen der institutionellen Rahmenbedingungen weitgehend alles über einen Kamm zu scheren. Um so weniger ist es auf der europäischen Ebene ökonomisch sinnvoll.

Außerdem würde durch eine solche Verlagerung der ordnungspolitischen Kompetenzen die Neuaufnahme der mittel- und osteuropäischen Ländern in die EU und früher oder später auch in die EWU noch problematischer. Diese verstärken die ökonomische Heterogenität unter den Teilnehmerländern, so daß zentrale ordnungspolitische Vorgaben noch weniger angebracht sind. Die mit zentralen Lohnverhandlungen regelmäßig einhergehende Kompression der Lohnstrukturen würde noch fatalere Beschäftigungskonsequenzen nach sich ziehen. Das schlechte Beispiel der deutschen Währungsunion, aber auch die Probleme zwischen Nord- und Süditalien (Bertola, 2000), zeigen darüber hinaus klar, daß steigende Transferzahlungen innerhalb der Mitgliedsländer die nahezu zwangsläufige Folge einer massiven Verlagerung von ordnungs- und lohnpolitischen Kompetenzen auf die europäische Ebene wären. Wachsende Externalisierungsmöglichkeiten von Lasten und eine noch stärkere Aushöhlung des Marktmechanismus wären die unausweichlichen Konsequenzen. Schließlich stellt sich aber auch

das Problem der Anmaßung von Wissen, welches um so schärfer auftritt, je zentraler wirtschaftspolitische Entscheidungen gefällt werden. Auf zentraler Ebene in Brüssel ist es nahezu unmöglich zu erkennen, welche institutionellen Rahmenbedingungen den sehr unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten am ehesten gerecht werden. Der Status quo würde im günstigsten Fall weitgehend zementiert, weil die Mitgliedsländer sich angesichts der Heterogenität ihrer ökonomischen Strukturen, aber auch ihrer wirtschaftspolitischen Präferenzen, äußerst schwer tun würden, sich auf ein ökonomisch sinnvolles Maßnahmenpaket zu einigen.

5. Schlußbemerkungen

Wie die Analyse gezeigt hat, haben sich durch die EWU die strukturell bedingten Probleme auf den kontinentaleuropäischen Arbeitsmärkten nicht grundlegend verändert. Vielmehr ist es nach wie vor so, daß nur durch umfassende institutionelle Verbesserungen eine nachhaltige Entspannung der Situation auf den kontinentaleuropäischen Arbeitsmärkten zu erreichen sein wird. Die politökonomischen Probleme bei deren Durchsetzung sind aber auch nach Beginn der EWU weiterhin vorhanden. Es ist nicht so, wie häufig vermutet wird, daß die EWU automatisch den Weg hin zu umfassenden Arbeitsmarktreformen ebnet. Vielmehr sprechen eine Reihe von Argumenten dafür, daß die notwendigen institutionellen Reformen außerhalb der EWU eher leichter realisierbar gewesen wären. Von daher sind nach wie vor politökonomische Unternehmer gefragt, die in der Lage sind, auch für kontroverse institutionelle Reformen ausreichend Rückhalt in der Bevölkerung zu organisieren. Daß dies grundsätzlich möglich ist, hat die EWU gezeigt, welche ebenfalls nicht gerade auf einhellige Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen ist.

Darüber hinaus gilt es, größte Vorsicht gegenüber allen Versuchungen walten zu lassen, welche nach der Geldpolitik noch weitere Politikbereiche wie insbesondere die Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik auf europäischer Ebene zentralisieren wollen. Dies ist auch dann der Fall, wenn diese Forderungen unter dem Deckmantel daherkommen, daß dann Flexibilierungsstrategien auf europäischer Ebene angeblich eher realisierbar wären. Die Sogwirkung in Richtung Zentralisierung, welche von der vereinheitlichten Geldpolitik ausgeht, war zwar vorauszusehen. Es ist allerdings illusionär, sich von einer weiteren Zentralisierung etwa der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik nachhaltige alloкатive Verbesserungen zu erwarten. Vielmehr ist das Gegenteil zu erwarten, weil der diskretionäre Handlungsspielraum der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger auf europäischer Ebene vergrößert würde und weil die Intensität des institutionellen Wettbewerbs zwischen den europäischen Ländern weiter nachließe. Die

disziplinierende Kraft des Marktes würde also weiter ausgehebelt, so daß längerfristig gesehen institutionelle Verschlechterungen und damit weitere allokativen Verzerrungen sowie eine sich weiter verschlechternde Situation auf dem Arbeitsmarkt die nahezu unausweichlichen Folgen wären.

Die Vereinheitlichung des Geldes in Europa war ein erster Schritt auf die abschüssige Bahn in Richtung Zentralisierung. Dadurch ist ein instabiles politökonomisches Gleichgewicht entstanden. Historisch gesehen ist es eine Ausnahmesituation, daß Geld in Form des Euro ohne den institutionellen Rückhalt eines Staates und damit auch zentraler Institutionen eingeführt worden ist, welche zentrifugale Kräfte in Krisensituationen im Zaum halten. Ob sich dieses historisch nahezu einmalige Experiment auf Dauer bewähren wird und welche endogenen institutionellen Konsequenzen dies nach sich zieht, wird sich erst noch im Lauf der Zeit zeigen müssen. Um die kontinentaleuropäische Beschäftigungsmisere in den Griff zu bekommen, wäre es allerdings am besten, wenn die Vereinheitlichung des Geldes eine Verlagerung der Kompetenzen für die Lohn- und Arbeitsmarktpolitik auf eine möglichst dezentrale Ebene nach sich ziehen würde. Der dann verschärfte institutionelle Wettbewerb ist am ehesten dazu geeignet, ineffiziente Arbeitsmarktinstitutionen auszusondern und überlegene institutionelle Arrangements zu identifizieren. Dieser anzustrebende Entwicklungspfad wird aber letztlich nur dann eingeschlagen werden, wenn man in Europa in Zukunft auch viel stärker als in der Vergangenheit allen Versuchungen abschwört, sich nach außen abzuschotten. Nur wenn der rasant fortschreitende Prozeß der Globalisierung auch in Europa als Chance verstanden wird, um sich aus der institutionellen Verflechtungsfalle zu befreien, wird man auch hierzulande die enormen potentiellen Beschäftigungsgewinne tatsächlich realisieren können, welche die Globalisierung und der strukturelle Wandel hin zur "new economy" eröffnen.

Literaturverzeichnis

- Alesina, A. und L. Summers (1993), Central Bank Independence and Macroeconomic Performance, *Journal of Money, Credit, and Banking* 25, 151-162.
- Ball, L. und G. Mankiw (1994), A Sticky Price Manifesto, NBER Working Paper No. 4677, Cambridge MA.
- Bayoumi, T. und B. Eichengreen (1996), Operationalizing the Theory of Optimum Currency Areas, CEPR Discussion Paper No. 1484, London.
- Belke, A. und D. Gros (1999), Effects of Monetary Integration on Unemployment: How Costly Was (Intra-European) Exchange Rate Variability, in: Wagner, H. (Hrsg.), *Globalization and Unemployment*. Berlin u.a., 202-242.
- Berthold, N. (1996), Währungsunion, Sozialunion und Politische Union – Anmerkungen zur Interdependenz von Ordnungen, in: *Währungsunion und politische Integration*, Bankhistorisches Archiv, Beiheft 30, Frankfurt, 52-64.
- Berthold, N. (2000), Mehr Beschäftigung. Sisyphusarbeit gegen Tarifpartner und Staat. Bad Homburg.
- Berthold, N. und R. Fehn (1996a), Evolution von Lohnverhandlungssystemen – Macht oder ökonomisches Gesetz? In: Zohlnhöfer, W. (Hrsg.), *Die Tarifautonomie auf dem Prüfstand*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 244, Berlin, 57-94.
- Berthold, N. und R. Fehn (1996b), The Positive Economics of Unemployment and Labor Market Inflexibility, *Kyklos* 49, 583-613.
- Berthold, N. und R. Fehn (1997), Aktive Arbeitsmarktpolitik – wirksames Instrument der Beschäftigungspolitik oder politische Beruhigungsschule? *Ordo* 48, 411-436.
- Berthold, N. und R. Fehn (1998a), Tarifpolitik und Arbeitslosigkeit: Löst die Europäische Währungsunion das Beschäftigungsproblem? In: Cassel, D. (Hrsg.), *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft*, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 57, Stuttgart, 457-490.
- Berthold, N. und R. Fehn (1998b), Does EMU Promote Labor-Market Reforms? *Kyklos* 51, 509-536.
- Berthold, N. und R. Fehn (2000), Labor Market Policy in a Global Economy, in: Wagner, H. (Hrsg.), *Globalization and Unemployment*. Berlin u.a., 257-296.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (1999), Real Wage Rigidities, Accomodative Demand Policies, and the Functioning of EMU, *Weltwirtschaftliches Archiv* 135, 545-572.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (2000), Falling Labor Share and Rising Unemployment: Long-Run Consequences of Institutional Shocks? Center for European Studies Working Paper Series, Program for the Study of Germany and Europe, Working Paper No. 00.2, Harvard University, Cambridge MA.
- Bertola, G. (2000), Labor Markets in the European Union, *ifo Studien* 46, 99-122.
- Bertola, G. und A. Ichino (1995), Wage Inequality and Unemployment: United States versus Europe, in: *NBER Macroeconomics Annual*, Cambridge MA und London, 13-54.
- Blanchard, O. und L. Katz (1992), Regional Evolutions, *Brookings Papers on Economic Activity* 1, 1-75.
- Blanchard, O. und A. Landier (2000), The Perverse Effects of Partial Labor Market Reform: Fixed Duration Contracts, mimeo, MIT, Cambridge MA.
- Blanchard, O. u.a. (1986), Employment and Growth in Europe – A Two-Handed Approach, in: Blanchard, O. u.a. (Hrsg.), *Restoring Europe's Prosperity*, Cambridge MA, 95-124.
- Blanchard, O. und J. Wolfers (1999), The Role of Shocks and Institutions in the Rise of European Unemployment: The Aggregate Evidence, NBER Working Paper No. 7282, Cambridge MA.
- Boeri, T., Nicoletti, G. und S. Scarpetta (2000), Regulation and Labour Market Performance, CEPR Discussion Paper No. 2420, London.
- Booth, A. u.a. (2000), What Do Unions Do in Europe? Prospects and Challenges for Union Presence and Union Influence. A Report for the Fondazione Rodolfo DeBenedetti, Mailand.

- Burda, M. (1999), European Labour Markets and the Euro: How Much Flexibility Do We Really Need? CEPR Discussion Paper No. 2217, London.
- Caballero, R. und M. Hammour (1998), Jobless Growth: Appropriability, Factor Substitution and Unemployment, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 48, 51-94.
- Caballero, R. und M. Hammour (1999), The Cost of Recessions Revisited: A Reverse-Liquidationist View, NBER Working Paper No. 7355, Cambridge MA.
- Calmfors, L. (1998), Macroeconomic Policy, Wage Setting and Employment – What Difference Does the EMU Make? Institute for International Economic Studies Discussion Paper No. 657, Stockholm.
- Calmfors, L. und J. Driffill (1988), Bargaining Structure, Corporatism and Macroeconomic Performance, Economic Policy 6, 13-61.
- Calmfors, L. und P. Skedinger (1995), Does Active Labour-Market Policy Increase Employment? Oxford Review of Economic Policy 11, 91-109.
- Canzeroni, M., Valles, J. und J. Vinals (1996), Do Exchange Rates Move to Address International Macroeconomic Imbalances? CEPR Discussion Paper No. 1498, London.
- Cukierman, A. und F. Lippi (1999), Labour Markets and Monetary Union: A Strategic Analysis, CEPR Discussion Paper No. 2236, London.
- Daveri, F. und G. Tabellini (2000), Unemployment, Growth and Taxation in Industrial Countries, Economic Policy 18, 47-103.
- Fehn, R. (1997), Der strukturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa – Ursachen und Lösungsansätze. Baden-Baden.
- Fehn, R. (2000), Financing Structural Change, Venture Capital, and Unemployment: What Is the Role of Investor Protection? Diskussionspapier Nr. 36 des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Universität Würzburg, Würzburg.
- Fehn, R. und C. Meier (2000), The Positive Economics of Corporatism and Corporate Governance, Kieler Arbeitspapier Nr. 982, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Frankel, J. und A. Rose (1996), The Endogeneity of the Optimum Currency Area Criteria, Swedish Economic Policy Review 4, 487-521.
- Garibaldi, P. und P. Mauro (1999), Deconstructing Job Creation, IMF Working Paper, WP/99/109, Washington D.C.
- Gordon, R. (1996), Macroeconomic Policy in the Presence of Structural Maladjustment, CEPR Discussion Paper No. 1493, London.
- Grüner, H.-P. (1999), Unemployment and Labor-Market Reform: A Contract Theoretic Approach, IZA Discussion Paper No. 49, Bonn.
- Hall, P. und R. Francese (1998), Mixed Signals: Central Bank Independence, Coordinated Wage Bargaining, and European Monetary Union, International Organization 52, 505-535.
- Heise, A., Küchle, H. und W. Lecher (1994), Anpassungsanforderungen an die Lohnpolitik in der Gemeinschaft auf dem Wege zur und nach Vollendung der EWU unter Berücksichtigung des Beschäftigungsaspektes: Die Sicht der Gewerkschaften, WSI-Studie im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Düsseldorf.
- Iversen, T. und D. Soskice (2000), The Nonneutrality of Monetary Policy with Large Price or Wage Setters, The Quarterly Journal of Economics 115, 265-284.
- Jackman, R. (1994), What Can We Expect from Active Labour Market Policy? Swedish Economic Policy Review 1, 221-257.
- Jeng, L. und P. Wells (1998), The Determinants of Venture Capital Funding: Evidence Across Countries, mimeo, Boston University, Boston MA.
- Lindbeck, A. (1993), Unemployment and Macroeconomics. Cambridge MA und London.
- Lindbeck, A. (1996), The West European Unemployment Problem, Weltwirtschaftliches Archiv 132, 609-637.
- Lindbeck, A. und D. Snower (1994), Price Inertia and Production Lags, CEPR Discussion Paper No. 959, London.

- Meier, C. (1999), Predicting Real Exchange Rates from Real Interest Rate Differentials and Net Foreign Asset Stocks: Evidence for the Mark/Dollar Parity, Kieler Arbeitspapier Nr. 962, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Melitz, J. (1997), The Evidence about the Costs and Benefits of EMU, Swedish Economic Policy Review 4, 359-410.
- Meyer, W. (1995), Is Pattern Bargaining Dead? An Empirical Investigation with Micro Data for West Germany, Konjunkturpolitik 41, 228-243.
- Minford, P. (1994), Deregulation and Unemployment: the UK Experience, Swedish Economic Policy Review 1, 113-141.
- Nickell, S. (1997), Unemployment and Labor Market Rigidities: Europe versus North America, Journal of Economic Perspectives 11, 55-74.
- Nicoletti, G., Scarpetta, S. und O. Boylaud (1999), Summary Indicators of Product Market Regulation with an Extension to Employment Protection Legislation, OECD Economics Department Working Paper No. 226, Paris.
- OECD (1998), Economic Outlook 63, Paris.
- Pissarides, C. (1997), The Need for Labour Market Flexibility in European Economic and Monetary Union, Swedish Economic Policy Review 4, 513-545.
- Rose, A. (2000), One Money, One Market: The Effect of Common Currencies on Trade, Economic Policy 18, 7-45.
- Saint-Paul, G. (1996), Exploring the Political Economy of Labour Market Institutions, Economic Policy 23, 264-315.
- Saint-Paul, G. und S. Bentilola (2000), Will EMU Increase Eurosclerosis? CEPR Discussion Paper No. 2423, London.
- Scarpetta, S. (1996), Assessing the Role of Labour Market Policies and Institutional Settings on Unemployment: A Cross-Country Study. OECD Economic Studies No. 26, Paris, 43-98.
- Siebert, H. (1997), Labor Market Rigidities – At the Root of Unemployment in Europe, Journal of Economic Perspectives 11, 37-54.
- Sievert, O. (1997), Europäische Währungsunion und Beschäftigung, Vortrag in der Universität Leipzig anlässlich einer Veranstaltung der Leipziger Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, 28. Januar 1997, Leipzig.
- Vinals, J. und J. Jimeno (1996), Monetary Union and European Unemployment, CEPR Discussion Paper No. 1485, London.
- Von Hagen, J. (1997), Monetary Policy and Institutions in the EMU, Swedish Economic Policy Review 4, 51-116.
- Wasmer, E. und P. Weil (2000), The Macroeconomics of Labor and Credit Market Imperfections, mimeo, Ecares.

Seit 1997 erschienen:

Nr. 15 Globalisierung, demographische Schocks und Protektionismus - Was bleibt vom Sozialstaat?

von Norbert Berthold, 1997

erschienen in: Seel, Barbara (Hrsg.), *Sicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft*, Frankfurt/ New York, Campus, 1998, S. 15-44.

Nr. 16 Unvollkommene Kapitalmärkte und strukturelle Arbeitslosigkeit: Schaffen Pensionsfonds Abhilfe?

von Rainer Fehn, 1998

erschienen unter dem Titel „Schaffen Pensionsfonds über vollkommene Kapitalmärkte mehr Beschäftigung?“ in: Koslowski, P. (ed.), *Shareholder Value und die Kriterien des Unternehmenserfolgs. Kapitalrechnung und gesellschaftliche Entwicklung*, Heidelberg, 1999, S. 73-108.

Nr. 17 Globalisierung - Drohendes Unheil oder schöpferische Kraft für den Sozialstaat?

von Norbert Berthold und Eric Thode, 1998

erschienen in: Knappe, Eckhart und Norbert Berthold (Hrsg.), *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*, Heidelberg, Physica, 1998, S. 319-360.

Nr. 18 Endzeit der Flächentarife?

von Norbert Berthold, 1998

erschienen in: *Bitburger Gespräche*, Jahrbuch 1998, München 1998, S. 19 – 38.

Nr. 19 Does EMU Promote Labor-Market Reforms?

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998

erschienen in: *Kyklos*, Vol. 51 (1998), Fasc. 4, S. 509-536.

- Nr. 20 **Sozialstandards unter globalem Druck: Erhalten, senken, erhöhen?**
von Norbert Berthold und Jörg Hilpert, 1998
erschienen in: Berg, Hartmut (Hrsg.), *Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen - Formen - Konsequenzen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 263, Berlin, Duncker & Humblodt, 1999, S. 127-156.
- Nr. 21 **Die zehn Gebote der Arbeitsmarktpolitik**
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998
erschienen in: Klemmer, Paul, Dorothee Becker-Soest und Rüdiger Wink (Hrsg.), *Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft*, Baden-Baden: Nomos, 1998, S. 353-372.
- Nr. 22 **Real Wage Rigidities, Fiscal Policy, and the Stability of EMU in the Transition Phase**
von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1998
erschienen in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 135 (1999), H. 4, S. 545-572.
- Nr. 23 **Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert - Die Perspektive Westeuropas**
von Norbert Berthold, 1998
erschienen in: Wenig, Alois (Hrsg.), *Globalisierung und die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin 2000, S. 43 -77.
- Nr. 24 **Capital Market Imperfections, Greater Volatilities, and Rising Unemployment: Does Venture Capital Help?**
von Rainer Fehn, 1998
erschienen in : *Review of Economics*, Vol. 51 (1), S. 13 - 37.
- Nr. 25 **Der Föderalismus und die Arbeitslosigkeit: Eine vernachlässigte Beziehung**
von Norbert Berthold, 1998
erschienen in: *List Forum* für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 24 (1998), H. 4, S. 345-366.

- Nr. 26 **Labor Market Policy in a Global Economy**
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1999
erschienen in: Wagner, Helmut (ed.), *Globalization and Unemployment*,
Berlin, Springer, 2000, S. 257-296.
- Nr. 27 **Sozialstaat und struktureller Wandel: eine verhängnisvolle Beziehung?**
von Norbert Berthold, 1999
erschienen in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*,
Bd. 135 (1999), H. 3, S. 407-437.
- Nr. 28 **Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und steigende
Arbeitslosigkeit: Können Investivlöhne für Abhilfe sorgen?**
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1999
erschienen in: Berg, H. (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Deutsch-
land im internationalen Vergleich*, Berlin 2000, S. 219 – 249.
- Nr. 29 **Globalisierung und unvollkommene Kapitalmärkte: Verschärft die
Knappheit international anerkannter Sicherheiten Länderkrisen?**
von Rainer Fehn, 1999
erschienen in: *Außenwirtschaft*, Bd. 54 (1999), H. 3, S. 389-416.
- Nr. 30 **Falling Labor Share and Rising Unemployment: Long-Run Conse-
quences of Institutional Shocks?**
von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1999
- Nr. 31 **Rigide Arbeitsmärkte und ungleiche Einkommensverteilung:
Ein unlösbares Dilemma?**
von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1999
erschienen in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Bd. 49 (2000),1 , S. 3-26.
- Nr. 32 **Mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit: Setzt sich das ökonomi-
sche Gesetz gegen (verbands-) politische Macht durch?**
von Norbert Berthold, 2000

**Nr. 33 Der Flächentarifvertrag – vom Wegbereiter des Wirtschaftswunders-
zum Verursacher der Beschäftigungsmisere?**

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2000

erscheint in: Ott, C. und Schäfer, H.-B. (Hrsg.), *Ökonomische Analyse des
Arbeitsrechts*.

**Nr. 34 Umverteilung in der Mittelschicht – notwendiges Übel im
Kampf gegen Armut?**

von Norbert Berthold und Eric Thode, 2000

erscheint in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*,
45. Jahr (2000).

**Nr. 35 Globalisierung und Strukturwandel – droht das Ende
des Sozialstaates?**

von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2000

erscheint in: Theurl, E. (Hrsg.), *Der Sozialstaat an der Jahrtausendwende –
Analysen und Perspektiven*.

**Nr. 36 Financing Structural Change, Venture Capital, and
Unemployment: What is the Role of Investor Protection?**

von Rainer Fehn, 2000

erscheint in: Rieger, E. und Birgitta Wolff (eds), *Corporate-Government
Relations in the Age of "Globalization"*.

**Nr. 37 The Positive Economics of Corporatism and Corporate
Governance**

von Rainer Fehn und Carsten-Patrick Meier, 2000

erschienen in: Inst. of World Economics, *Kiel working paper 982*, Kiel,
2000.